

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52

Entwurf

Wahlprogramm des SSW

zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein

am 7. Mai 2017

53 **Vorwort**

54

55 Seit Juni 2012 ist der SSW erstmals in seiner fast 70-jährigen Geschichte an der
56 Landesregierung beteiligt. In den vergangenen knapp fünf Jahren ist es uns deshalb
57 gelungen, eine lange Reihe unserer politischen Forderungen in die Wirklichkeit um-
58 zusetzen. Vom Tariftreuegesetz über das Strafvollzugsgesetz und die Kulturpolitik
59 bis zum Demenzplan trägt die Landespolitik unsere Handschrift.

60

61 Wir haben in der Landesregierung in den vergangenen Jahren die Ausgaben für Kin-
62 dertagesstätten, Schulen und Hochschulen deutlich erhöht, die Sanierung der maro-
63 den Infrastruktur angepackt, soziale Kürzungen zurückgenommen, die Kriminalitäts-
64 bekämpfung gestärkt, der Zusammenarbeit mit Skandinavien eine ganz neue Quali-
65 tät gegeben... - und bei alledem noch den Schuldenabbau vorangetrieben.

66

67 In aller Bescheidenheit sind wir selbst mit diesem Ergebnis zufrieden, aber wir wollen
68 noch mehr erreichen. In den kommenden Jahren steht unser Land vor weiteren gro-
69 ßen Weichenstellungen. Bis 2020 werden wir die Schuldenbremse erfüllt haben und
70 die Nettoneuverschuldung des Landes auf Null gebracht haben. Dann geht es da-
71 rum, mühsam die Altschulden abzubauen.

72

73 Und vor allem geht es darum, dass unser Land die Veränderungen gut meistert, die
74 vor uns stehen: Die Bevölkerungsentwicklung, bei der die Menschen weniger und äl-
75 ter werden. In manchen Regionen wird die Bevölkerung deutlich schrumpfen, in an-
76 deren wachsen. Und die Digitalisierung. Überall im Arbeitsleben und nicht zuletzt im
77 Privatleben werden wir davon berührt.

78

79 Diese großen Trends lassen sich nicht aufhalten. Aber sie können politisch gestaltet
80 werden. Unser Ziel dabei: All diese Entwicklungen sollen so weit wie möglich passie-
81 ren, ohne dass daraus neue Verliererinnen und Verlierer hervorgehen. Das ist das
82 Wichtigste. Und: Die Digitalisierung und die Bevölkerungsentwicklung bieten auch
83 Möglichkeiten, unser Land neu zu gestalten und neue wirtschaftliche Chancen zu
84 nutzen. Dafür wollen wir uns in der neuen Wahlperiode bis 2022 stark machen.

85

86 Unser Kompass ist dabei klar: wir wollen einen solidarischen Wohlfahrtsstaat, bei
87 dem die Lasten gerecht verteilt werden und in dem den Schwachen geholfen wird.
88 Voraussetzung für Gerechtigkeit ist vor allem, dass alle Kinder Zugang zur bestmög-
89 lichen Bildung und Erziehung haben. Und die Erwachsenen gute Arbeitsbedingun-
90 gen. Gerechtigkeit ist auch, wenn die Politik alle Regionen im Land im Blick hat und
91 die regionale wirtschaftliche Entwicklung fördert. Und schließlich steht der SSW, die
92 Partei der dänischen Minderheit und friesischen Volksgruppe natürlich für eine gute
93 Gemeinschaft von Deutschen, Dänen, Friesen und den Sinti und Roma im Land.

94

95 Der SSW kann mit seiner ganz eigenen Art dazu beitragen, dass es in den kommen-
96 den fünf Jahren weiter gut läuft. Wir haben den großen Vorteil, dass wir nicht davon
97 Abhängig sind, was eine Bundespartei in Berlin will und mit wem sie gerade koalitiert.
98 Der SSW kann sich voll und ganz darauf konzentrieren, was für die Menschen in
99 Schleswig-Holstein am besten ist. Und das tun wir.

100

101 Unsere Regierungskoalition der letzten Jahre hat geräuschlos und gut gearbeitet.
102 Das mag jene ärgern, die lieber Krawall mögen. Für das Land ist das gut gewesen.
103 Deshalb möchten wir die Koalition fortsetzen. Der SSW ist der Garant dafür, dass

104 Schleswig-Holstein wirklich die Landesregierung bekommt, die das Land verdient
105 hat. Eine die sich um die Zukunft kümmert und nicht die Alltagssorgen vergisst. Ohne
106 große Show und inszenierten Streit, mit viel Sachlichkeit und bodenständiger Ver-
107 nunft. Dafür bitten wir um Deine Unterstützung.

108

109 In diesem Wahlprogramm kannst Du nachlesen, wofür wir uns in diesem Sinne nach
110 der Landtagswahl am 7. Mai einsetzen wollen. Darauf kannst Du Dich verlassen!

111

112

113

114 Flemming Meyer

Lars Harms

115 SSW-Landesvorsitzender

SSW-Spitzenkandidat

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159 Inhalt

160
161

162 **Unsere Bildungspolitik: Qualität an erster Stelle**

- 163 - Kinderbetreuung verbessern
- 164 - Schulstrukturen festigen und Qualität entwickeln
- 165 - Bildungswesen inklusiv gestalten
- 166 - Qualitative Ganztagsangebote ausbauen
- 167 - Berufliche Bildung weiter entwickeln und flexibel gestalten
- 168 - Hochschulen zukunftsfest aufstellen
- 169 - Medienkompetenz fördern

170

171 **Unsere soziale Politik: Füreinander eintreten**

- 172 - Armut eindämmen
- 173 - Soziale Hilfen stärken
- 174 - Gute Arbeit unterstützen
- 175 - Arbeitslose umfassend und individuell fördern
- 176 - Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen
- 177 - Pflege und Krankenversorgung zukunftsfest machen
- 178 - Kinder und Jugendliche unterstützen
- 179 - Sport fördern
- 180 - Wohnraum schaffen

181

182 **Unsere Integrationspolitik: Zusammenleben fördern - Ausgrenzung bekämpfen**

- 183 - Einwanderer integrieren
- 184 - Flüchtlingen helfen
- 185 - Kulturellen Dialog führen
- 186 - Islamkonferenz einrichten

187

188 **Unsere Wirtschaftspolitik: Starke Unternehmen für starke Regionen**

- 189 - Unternehmen stärken
- 190 - Tourismus stärken
- 191 - Landwirtschaft und Fischerei stützen

192

193 **Unsere Infrastrukturpolitik: Beständige Sanierung und gezielter Ausbau**

- 194 - Öffentlichen Verkehr ausbauen
- 195 - Straßen erhalten und zielgerichtet ausbauen
- 196 - Breitband flächendeckend ausbauen

197

198 **Unsere Kulturpolitik: Kein Luxus, sondern Lebensmittel**

- 199 - Die Kulturförderung ausweiten
- 200 - Kulturelle Bildung ausbauen
- 201 - Kultureinrichtungen fördern
- 202 - Gedenkstätten modernisieren

203

204 **Unsere Minderheitenpolitik: Kulturelle Vielfalt als Recht der Minderheit und Bereicherung der Mehrheit**

- 206 - Unsere Minderheiten- und Regionalsprachen weiter stärken
- 207 - Unsere Minderheiten unterstützen
- 208 - SH als Minderheitenkompetenzzentrum und europäische Minderheitenpolitik stärken

209

210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261

Unsere Außenpolitik: Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens

- Von der Europäischen Union profitieren
- Gute Nachbarschaft mit den nordischen Ländern vertiefen
- Ostseezusammenarbeit aktiv prägen
- Nordseezusammenarbeit erneuern

Unsere Innen- und Rechtspolitik: Sachlich und bürgerorientiert

- Sicherheit geben
- Einen starken Rechtsstaat erhalten
- Effektiven Justizvollzug fördern
- Privates schützen
- Gleichstellung und Antidiskriminierung gewährleisten

Unser Staat: Handlungsstark und bürgernah

- Landesfinanzen nachhaltig sanieren
- Die Kommunen vor Ort wieder handlungsfähig machen
- Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden
- Den Staat ins digitale Zeitalter führen
- Nordstaat verhindern
- Bürgern zuhören

Unsere Umweltpolitik: Konsequenter Schutz für Mensch und Natur

- Flächenverbrauch reduzieren
- Unser Wasser besser schützen
- Wälder ausweiten
- Unsere beiden Meere schützen
- Müll reduzieren und Ressourcen schonen

Unsere Klima- und Energiepolitik: Energiewende ohne Wenn und Aber

- Klimaschutz konsequent anstreben
- Windenergie weiter ausbauen
- Strom vor Ort produzieren, speichern und nutzen
- CCS und Fracking ausschließen

Unsere Bildungspolitik: Qualität an erster Stelle

Bildung ist der Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft. Nur durch eine möglichst frühe Bildung von hoher Qualität bekommen alle Kinder in Schleswig-Holstein annähernd gleiche Startchancen ins Leben. Es ist ein Armutszeugnis für Deutschland, dass die Bildungschancen eines Kindes auch heute noch so stark vom Geldbeutel und Bildungsstand der Eltern abhängt.

Die schleswig-holsteinische Bildungspolitik ist viel zu lange von Grabenkämpfen geprägt gewesen. Schulformen wurden eingeführt, um bald darauf wieder abgeschafft zu werden. Junge Lehrerinnen und Lehrer wurden für Schularten ausgebildet, die schon längst nicht mehr existierten. Bei den Schulen wurde die Systemfrage nun endlich beantwortet: Wir haben heute Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe und wir haben Gymnasien und berufliche Schulen. Das wird auch so bleiben. Damit konnten endlich die entscheidenden Themen Unterrichtsversorgung und Qualität in den Vordergrund rücken.

Auch bei den Kindertagesstätten stellt sich jetzt und in den kommenden Jahren zuerst die Qualitätsfrage, nachdem in den letzten Jahren die Plätze vor allem im Krippenbereich massiv ausgebaut werden konnten.

Und auch bei den Hochschulen gab es viel Gegeneinander - unter Hochschulen und zwischen Regionen. Wir haben erreicht, dass die Hochschulen mehr miteinander reden, sich abstimmen und stärker kooperieren. Alle Hochschulen im Land haben ihre Besonderheiten. Wir brauchen Hochschulen an verschiedenen Standorten, weil gut vernetzte Forschung und Lehre für alle Teile des Landes und ihre wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung sind.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Kinderbetreuung verbessern

Beim Ausbau der frühkindlichen Betreuungsplätze hat Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren sehr viel Boden gut gemacht. Jetzt muss die Qualität in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter verbessern und insbesondere auch Kinder von 3 bis 6 Jahren noch stärker in ihrer Sprachentwicklung und Grundbildung fördern.

- Wir wollen das Ziel der **kostenlosen Kita** schrittweise verwirklichen. Das ab 2017 eingeführte Kita-Geld für Krippenkinder ist nur eine erste Stufe.
- Wir wollen die Landesmittel zu allererst für zusätzliches Personal in der frühkindlichen Bildung einsetzen. Denn ein **besserer Betreuungsschlüssel** ist die Grundvoraussetzung für pädagogisch qualifizierte Arbeit und damit für mehr **Qualität**.
- Wir wollen, dass für alle Eltern - und insbesondere für bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund - **Anreize** geschaffen werden, ihre Kinder in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu geben. Denn gerade diese Kinder profitieren hiervon besonders stark. Deshalb lehnen wir auch das

312 **Betreuungsgeld** für Eltern, deren Kinder nicht in den Kindergarten gehen,
313 strikt ab.

314
315

- Wir wollen, dass das **Finanzierungssystem der Kindertagesstätten** auf andere Beine gestellt wird. Die heutige Mischfinanzierung zwischen Land, Kreisen, Kommunen und Trägern sowie Eltern ist unübersichtlich und spiegelt nicht eindeutig die gemeinsame Verantwortung für diesen Bereich wider.

320
321

322 **Schulstrukturen festigen und Qualität entwickeln**

323

324 *In den letzten Jahren wächst die Zahl der Abiturienten, das ist eine Erfolgsgeschichte. Denn wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen so viel Bildung wie möglich bekommen. Doch nicht alle brauchen ein Abitur. Und nicht alle Abiturienten wollen studieren. Alle müssen aber genau die Schul- und Ausbildung bekommen, die zu ihren Neigungen und Fähigkeiten passt. Neben starken Gymnasien brauchen wir daher Gemeinschaftsschulen und Berufsschulen von hoher Qualität. Grundvoraussetzung dafür ist, dass der Unterrichtsausfall in allen Schularten konsequent bekämpft wird.*

331

332

- Wir wollen das Ziel einer **100-prozentigen Unterrichtsversorgung** umsetzen.

334

- Wir wollen eine deutliche Aufstockung der Landeszuschüsse bei der **digitalen Bildung**.

337

- Wir wollen, dass neben der technischen Ausstattung der Schulen ihre **Anbindung ans Breitbandnetz** oder vergleichbare mobile Technologien höchste Priorität hat.

341

- Wir wollen die **Übergänge** zwischen Kita und Schule, Primar- und Sekundarstufe sowie zwischen Schule und Beruf optimieren. Hierfür brauchen wir eine genauere Diagnostik und die gezieltere Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern.

346

- Wir wollen, dass Land und Kreise ihrer Verantwortung für die **Schülerbeförderung** in vollem Umfang gerecht werden. Dabei müssen Kreise auch ihrer Verantwortung für die Schulen in freier Trägerschaft nachkommen. Unser grundsätzliches Ziel bleibt die **kostenlose Schülerbeförderung** auch für den Bereich der Sekundarstufe II.

352

- **Schulen in freier Trägerschaft** leisten einen unentbehrlichen Beitrag zur Vielfalt unseres Bildungswesens. Deshalb wollen wir, dass sie bei allen bildungspolitischen Entscheidungen ganz selbstverständlich mitgedacht werden und im gleichen Umfang von steigenden Bildungsausgaben profitieren.

357

358

359 Das gilt insbesondere für die **Schulen der dänischen Minderheit**, die rechtlich als Schulen in freier Trägerschaft organisiert aber real die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit sind.

360

361

362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410

- Um die **Mitbestimmung** von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern zu fördern, wollen wir ihre **Vertretungen weiter stärken**.
- Wir wollen **Instrumente zur Qualitätssicherung und -entwicklung** wie den Schul-TÜV oder PUSH (Portal zur Unterrichtserfassung Schleswig-Holstein) weiterentwickeln, um die Unterrichtsqualität zu sichern.

Bildungswesen inklusiv gestalten

Der SSW will ein inklusives Bildungswesen, in dem Kinder und Heranwachsende mit unterschiedlichen Potentialen ganz selbstverständlich von- und miteinander lernen. Um dieses Ziel zu erreichen, bleibt nicht nur die individuelle Förderung wichtig. Entscheidend wird in diesem Prozess sein, dass sich Schule noch weit stärker öffnet, und dass wir den Schulalltag multiprofessioneller (z.B. durch LehrerInnen, SonderpädagogInnen, SchulbegleiterInnen, Schulassistentinnen, SchulsozialarbeiterInnen, Psychologinnen) gestalten.

- Wir wollen eine **auskömmliche Finanzierung** dieser wichtigen Aufgabe.
- Wir wollen, dass Inklusion und inklusive Unterrichtsgestaltung auch in Zukunft fester Bestandteil nicht nur der Lehrerbildung sondern auch der **Fort- und Weiterbildung** sind.
- Wir wollen, dass die Inklusion konsequent über den **Ansatz multiprofessioneller Teams** verwirklicht wird. Die enge Zusammenarbeit von entsprechend aus- bzw. fortgebildeten Lehrkräften, SchulsozialarbeiterInnen, SchulassistentInnen, SchulbegleiterInnen und SchulpsychologInnen trägt den Bedürfnissen aller Kinder Rechnung. Das IQSH (Institut zur Qualitätssicherung Schleswig-Holstein) muss die Lehrkräfte dabei durch Fortbildungsangebote unterstützen.
- Wir wollen den bedarfsgerechten **Erhalt der Förderzentren**, um weiterhin Wahlfreiheit zu bieten. Die Erfahrung zeigt, dass die inklusive Beschulung in Regelschulen nicht für jedes Kind mit Behinderung der richtige Weg ist.
- Wir wollen eine **Qualitätssicherung** durch fortlaufende Evaluation des Inklusionskonzepts.

Qualitative Ganztagsangebote ausbauen

Ganztagsschulen können einen großen Beitrag zur Chancengleichheit und Persönlichkeitsentfaltung der Kinder leisten. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein entsprechendes pädagogisches Konzept, ein multiprofessioneller Ansatz (z.B. durch LehrerInnen, SonderpädagogInnen, SchulbegleiterInnen, Schulassistentinnen, SchulsozialarbeiterInnen, Psychologinnen) und eine enge innerschulische Kooperation. Schulen in freier Trägerschaft, wie die Schulen der dänischen Minderheit, müssen auch hier mitgedacht werden.

- 411 • Wir wollen die **Zuschüsse des Landes** für Ganztagschulen deutlich erhö-
 412 hen.
 413
- 414 • Wir wollen, dass Unterricht und außerunterrichtliche Angebote durch **verbind-**
 415 **liche Konzepte** verbunden werden.
 416
- 417 • Bei Ganztagsangeboten zählt für uns der Grundsatz **Qualität vor Quantität**.
 418 Hier liegt in Kooperationen zwischen verschiedenen Schularten noch erhebli-
 419 ches Potential, das wir stärker fördern wollen.
 420

Berufliche Bildung eigenständig weiterentwickeln und flexibel gestalten

422 *Zwei von drei jungen Menschen im Land nutzen auf ihrem Weg ins Arbeitsleben die*
 423 *regionalen Berufsbildungszentren und Beruflichen Schulen. Die Berufsausbildung*
 424 *bestimmt das Lebensglück vieler junger Menschen und sichert mit jungen Fachkräfte*
 425 *die Zukunft unserer Unternehmen. Deshalb ist es entscheidend, dass wir die Struktu-*
 426 *ren in diesem Bereich effizient und schlagkräftig aufstellen. Sie müssen anpassungs-*
 427 *fähig sein und schnell auf die je nach Region und Berufssparte unterschiedlichen Be-*
 428 *darfe reagieren können.*
 429

- 430
- 431
- 432 • Die Stärkung der Beruflichen Bildung wird **zusätzliche Mittel** brauchen. Wir wollen
 433 in der nächsten Wahlperiode die Gelder für diesen Bereich aufstocken.
 434
- 435 • Wir wollen die konsequente Bündelung der fachlichen und personellen Ressourcen
 436 in einem eigenständigen Landesinstitut. Aufgaben dieses **Schleswig-Holsteini-**
 437 **schens Instituts für Berufliche Bildung** (SHIBB) sollen die Aus- und Fortbildung
 438 der Lehrkräfte, die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen - insbesondere die
 439 Begleitung der Umwandlung der BBZ (Berufsbildungszentren) in RBZ (Regionale
 440 Berufsbildungszentren) - und die enge Zusammenarbeit mit dem allgemeinbildenden
 441 Bereich sein.
 442
- 443 • Wir wollen ein **schlüssiges Gesamtkonzept**, das die Berufliche Bildung mit dualer
 444 Ausbildung und den weiteren Ausbildungsgängen an den beruflichen Schulen
 445 ebenso umfasst, wie die Fort- und Weiterbildung und den Übergang Schule-Beruf.
 446
- 447 • Noch immer sitzen zu viele junge Menschen in den Übergangssystemen fest. Wir
 448 wollen deshalb, dass sie in den Umbruchphasen zwischen Schule, Ausbildung und
 449 Beruf noch zielgerichteter unterstützt werden. Deshalb wollen wir das Modell der
 450 **Jugendberufsagenturen** flächendeckend ausbauen und verstetigen.
 451
- 452 • Wir wollen die Weiterbildung stärken, indem die Landesregierung in den kommen-
 453 den Jahren das **Weiterbildungsgesetz** weiterentwickelt.
 454

Hochschulen zukunftsfit aufstellen

456 *Unsere Hochschulen befinden sich heute viel stärker im nationalen und internationa-*
 457 *len Wettbewerb. Gleichzeitig haben wir eine zunehmende Zahl an Studierenden. Wir*
 458 *wollen alle Hochschulen im Land weiterentwickeln und fit für diese Herausforderun-*
 459 *gen machen.*
 460

461 *gen machen. Durch unsere Politik der letzten Jahre haben unsere Hochschulen deut-*
 462 *lich mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit bekommen. Diesen Weg wollen wir*
 463 *gemeinsam mit Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten fortsetzen.*
 464

- 465 • Der SSW bekennt sich zum ererbten Problem der **strukturellen Unterfinan-**
 466 **zierung** unserer Hochschulen. Deshalb wollen wir einen weiteren Anstieg der
 467 Förderungen und Investitionen im Hochschulbereich auch nach der Periode
 468 2019 bis 2022.
- 469
- 470 • Wir wollen, dass alle Hochschulen von verbesserten Rahmenbedingungen
 471 profitieren. Egal ob Lübeck, Kiel, Heide, Flensburg oder Wedel - die **Hoch-**
 472 **schullandschaft** in Schleswig-Holstein muss sich ausgewogen entwickeln.
 473
- 474 • Wir wollen, dass die universitären Angebote noch besser ineinandergreifen,
 475 und dass sich die **Profile unserer Hochschulen** sinnvoll ergänzen. Diese An-
 476 gebotsvielfalt wollen wir durch eine enge Abstimmung im Dialog mit den Hoch-
 477 schulen sichern.
 478
- 479 • Wir wollen, dass die universitären Angebote für die **Minderheiten- und Regi-**
 480 **onalsprachen** abgesichert und verstetigt werden.
 481
- 482 • Wir wollen eine weitere **Internationalisierung** nicht zuletzt durch eine ver-
 483 stärkte Zusammenarbeit mit Dänemark sowie dem erweiterten Ostseeraum.
 484 Dieser Prozess muss finanziell entsprechend unterlegt werden.
 485
- 486 • Wir wollen die besonderen **grenzüberschreitenden Studiengänge stärken**,
 487 wie sie in Flensburg praktiziert werden. Sie haben sich bewährt, werden von
 488 der regionalen Wirtschaft hoch geschätzt und bieten erhebliches Potential.
 489
- 490 • Wir wollen das **Konzept der „guten Arbeit“** auch an den Hochschulen um-
 491 setzen. Dazu gehören für uns auch erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten
 492 für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Fortschritte bei der Entfristung von
 493 Arbeitsverträgen.
 494
 495

496 **Medienkompetenz fördern**

497
 498 *Der Einsatz von Medien ist in der heutigen Wissensgesellschaft nicht mehr wegzuden-*
 499 *ken. Der Umgang mit ihnen birgt enorme Chancen, aber auch Gefahren. Damit Kinder*
 500 *und Erwachsene selbstbestimmt mit Medien umgehen können, gilt es die Medien-*
 501 *kompetenz zu stärken. Über Generationengrenzen hinweg muss jeder die Chance*
 502 *bekommen, Medienkompetenz zu erwerben oder zu erweitern.*
 503

- 504 • Wir wollen Einrichtungen wie den **Offenen Kanal Schleswig-Holstein** oder die
 505 **Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein** auch in Zukunft angemessen
 506 finanzieren, damit sie Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ihre Angebote
 507 zur Förderung der Medienkompetenz machen können.
 508
 509
 510

Unsere soziale Politik: Füreinander einstehen

511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562

Der SSW steht für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Die stärksten Schultern müssen die größten Lasten tragen. Alle Bürger sollten über Steuern zum Sozialwesen beitragen, statt die leistungsstarken Gruppen durch Privatversicherungen davon auszunehmen. Es ist Aufgabe des Staates nicht jene zu vergessen, die keine starke Lobby haben und besonderer Hilfe bedürfen.

Trotz der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland stehen noch viele Menschen am Rand der Gesellschaft. Alleinerziehende, Kinderreiche aber auch Rentnerinnen und Renter haben nach wie vor ein erhöhtes Armutsrisiko. Auch die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist weiterhin hoch. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen weiter zu.

Vieles davon wird in Berlin bestimmt. Aber wir wollen die Möglichkeiten des Landes ausschöpfen, zum Beispiel durch wirksame Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, qualifizierte Bildungsangebote und einen angemessenen Mindestlohn. Und wir wollen die Angebote für jene stärken, die am Rand stehen und Hilfe benötigen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Armut eindämmen

Über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein sind von Armut bedroht. Über 20.000 Rentner in Schleswig-Holstein sind auf Grundsicherung angewiesen. Über 60.000 Kinder hier im Land leben in Armut oder müssen es fürchten. Die Einkommen sind durchschnittlich zu gering und die Sozialleistungen orientieren sich an diesem Niedrigniveau.

- Der **Mindestlohn**, muss zum Leben reichen. Hier ist vor allem der Bund gefordert. Wir wollen, dass das Land in eigener Zuständigkeit weiter vorangeht und beim **vergabespezifischen Mindestlohn** nachlegt.
- Wir wollen, dass **Leiharbeit und Werkverträge** endlich nur noch in einem sehr engen Rahmen zugelassen werden. Wir wollen eine konsequente gesetzliche Lösung, die Missbrauch vorbeugt und diese Instrumente effektiv eindämmt.
- Wir wollen, dass **450-Euro-Jobs** zumindest dort abgebaut werden, wo sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängen, wo die Arbeits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind und wo sie keine berufliche Perspektive bieten.
- Wir wollen einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt – unter anderem für Alleinerziehende – durch bedarfsgerechte **Betreuungsangebote** und **flexiblere Arbeitszeitmodelle**.
- Wir wollen, dass die Arbeit der **Schuldnerberatung** gestärkt wird. Dazu gehört, dass ihre Finanzierung auch in Zukunft gesichert wird. Land und Kommunen müssen eine auskömmliche Förderung gewährleisten.

563
 564
 565
 566
 567
 568
 569
 570
 571
 572
 573
 574
 575
 576
 577
 578
 579
 580
 581
 582
 583
 584
 585
 586
 587
 588
 589
 590
 591
 592
 593
 594
 595
 596
 597
 598
 599
 600
 601
 602
 603
 604
 605
 606
 607
 608
 609
 610
 611
 612
 613

- Wir wollen eine sozial gerechtere Ausgestaltung der gesetzlichen **Rentenversicherung** als tragende Säule der Altersvorsorge, um die Altersarmut einzudämmen. Unser langfristiges Ziel ist ein solidarisches umlagefinanziertes Versicherungssystem.

Soziale Hilfen stärken

Ab 2012 konnten wir die schwarz-gelben Kürzungen im Sozialbereich zurücknehmen. Eine niedrigschwellige soziale Infrastruktur und passgenaue öffentliche Hilfen sind uns besonders wichtig, weil die Schwächsten und am meisten Hilfsbedürftigen niemals aus dem Blick geraten dürfen.

- Wir wollen, dass Angebote der **präventiven Sozialen Arbeit** stärker gefördert werden.
- Wir wollen, dass **Selbsthilfegruppen** besser finanziell unterstützt werden. Auch Ehrenamtler brauchen professionelle Unterstützung (Begleitung, Beratung bis hin zu Supervision), um gute Arbeit leisten zu können. Die Landesförderung muss entsprechend aufgestockt werden.
- Wir wollen ein **Landeswohlfahrtsgesetz**, das seinen Namen verdient und den Wohlfahrtsverbänden die nötige finanzielle Planungssicherheit gibt.
- Wir wollen, dass **Hilfen für Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf** - wie etwa Drogenabhängige, Wohnungslose oder psychisch Kranke - bedarfsgerecht ausgebaut werden. Steigender Bedarf im Bereich Mediensucht muss auch berücksichtigt werden.
- Wir wollen die unverzichtbare professionelle Struktur von **Frauenhäusern** sowie **Frauen- und Mädchenberatungsstellen** erhalten. Dafür ist eine finanzielle Förderung des Landes unentbehrlich.
- Wir wollen den Ausbau der **Familienzentren** durch eine unverändert hohe Fördersumme des Landes unterstützen.
- Wir wollen die **Familienbildungsstätten** im Land stärker fördern.
- Wir wollen, dass die **Vielzahl familienpolitischer Leistungen** auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und gegebenenfalls gebündelt werden. Außerdem müssen diese Leistungen von den Familien deutlich einfacher beantragt werden können.
- Wir wollen, dass das Land Geringverdienenden und kinderreichen Familien weiter einen **Zuschuss für Familienferien** zahlt und den Ansatz hierfür stetig erhöht.

Gute Arbeit unterstützen

Der SSW setzt sich für gut bezahlte und sichere Arbeit ein. Wir wollen Maßnahmen unterstützen, die die Arbeitsbelastung begrenzen und die Vereinbarkeit von Familie

614 *und Beruf stärker fördern. Auch die Möglichkeiten für Aufstieg und Weiterentwicklung*
 615 *wollen wir verbessern. Das Konzept der „Guten Arbeit“ weist den Weg.*

616

617 • Wir wollen, dass die **Wirtschaftsförderung** künftig auch den Aspekt der „Gu-
 618 ten Arbeit“ berücksichtigt.

619

620 • Wir wollen, dass das Land zukünftig auch Fortbildungen für die Menschen för-
 621 dert, deren Arbeitsplätze durch die fortschreitende Digitalisierung der Wirt-
 622 schaft wegfallen könnten

623

624

625 **Arbeitslose umfassend und individuell fördern**

626

627 *Die derzeit vergleichsweise geringe Zahl der Erwerbslosen darf nicht darüber hin-*
 628 *wegtäuschen, dass viele Menschen Unterstützung bei der Arbeitssuche brauchen.*
 629 *Auch und gerade für Langzeitarbeitslose muss diese Unterstützung möglichst inten-*
 630 *siv und individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sein. Dazu muss die Auswahl*
 631 *an Fördermöglichkeiten und die Vielfalt an Instrumenten wieder erhöht werden, um*
 632 *Erwerbslose passgenauer unterstützen zu können.*

633

634 • Wir wollen, dass Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit ihren
 635 Schwerpunkt noch stärker auf die **aktive Arbeitsmarktpolitik** legen. Men-
 636 schen ohne Arbeit sollen nicht bloß verwaltet, sondern individuell beraten und
 637 unterstützt werden. Dafür muss sich die Landesregierung im Rahmen ihrer Zu-
 638 ständigkeiten und Kooperationen einsetzen.

639

640 • Wir wollen, dass **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** passge-
 641 nauer auf die Bedürfnisse von gering qualifizierten Arbeiternehmerinnen und
 642 Arbeitnehmern zugeschnitten und lokale Besonderheiten berücksichtigt wer-
 643 den. Das schleswig-holsteinische **Landesprogramm Arbeit** muss fortlaufend
 644 auf diese Zielsetzung hin evaluiert werden.

645

646 • Wir wollen frühzeitig sicherstellen, dass sich ein vergleichbares **ESF (Europäi-**
 647 **sche Sozialfonds)-Programm ab 2020** anschließt.

648

649 • Wir wollen das Beratungsnetzwerk „**Frau und Beruf**“ langfristig absichern.

650

651 • Wir wollen das System der **Produktionsschulen** und der **regionalen Ausbil-**
 652 **dungsbetreuer** verstetigen. Dazu gehört eine Stärkung der Jugendberufs-
 653 agenturen.

654

655

656 **Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen**

657

658 *Menschen mit Behinderung sind nicht behindert; sie werden behindert. Alle Men-*
 659 *schen haben die gleichen Rechte. Von einer Gesellschaft, in der jeder Mensch mit*
 660 *seinen individuellen Stärken und Schwächen selbstverständliches Mitglied ist, sind*
 661 *wir aber noch weit entfernt. Alle staatlichen Ebenen müssen sich klar zu diesen Zie-*
 662 *len der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung bekennen*
 663 *und in allen Lebensbereichen ihren Verpflichtungen nachkommen.*

664

- 665 • Wir wollen die effektive Umsetzung des **Landesaktionsplans zur UN-Kon-**
 666 **vention** über die Rechte von Menschen mit Behinderung und werden die ent-
 667 sprechenden Haushaltsmittel weiter aufstocken. Die über 200 Einzelmaßnah-
 668 men müssen auf ihren konkreten Nutzen hin bewertet und so formuliert wer-
 669 den, dass die Zielerreichung überprüft werden kann. An der Umsetzung und
 670 Evaluation sollen die Menschen mit Behinderung selbst umfassend beteiligt
 671 werden.
 672
- 673 • Der SSW steht zum vereinbarten **Prüfrecht des Landesrechnungshofs bei**
 674 **der Eingliederungshilfe**. Wir werden darauf achten, dass dabei nicht die
 675 reine Kostenersparnis, sondern eine effektive Nutzung der Mittel im Sinne der
 676 bestmöglichen Qualität im Vordergrund steht.
 677
- 678 • Die Stadt- und Raumplanung muss die Bedürfnisse von Menschen mit Behin-
 679 derung stärker berücksichtigen. Wir wollen, dass bei der **Wohnraumförde-**
 680 **rung** altersgerechte Wohnungen, Gruppenwohnprojekte, nachbarschaftliches
 681 und generationenübergreifendes Wohnen sowie betreutes Wohnen eine sehr
 682 hohe Priorität haben.
 683
- 684 • Wir wollen durch einen **Sonderfonds zur Förderung barrierefreien Woh-**
 685 **nens** stärkere Anreize für den behindertengerechten Umbau von privatem
 686 Wohnraum setzen.
 687
- 688 • Wir wollen, dass das **Land als Arbeitgeber** mit gutem Beispiel vorangeht und
 689 nicht nur mehr Menschen mit schweren Behinderungen einstellt, sondern
 690 ihnen auch flexiblere Rahmenbedingungen bietet. Dazu gehören verschie-
 691 dene Arbeitszeitmodelle (Teilzeit, Sabbatical etc.), besonderer Kündigungsschutz
 692 insbesondere für Menschen mit schweren Behinderungen, ein betriebli-
 693 ches Eingliederungsmanagement und begleitende Hilfe im Arbeitsleben.
 694
- 695 • Wir wollen durch ein **Beteiligungsförderungsgesetz** sicherstellen, dass Men-
 696 schen mit Behinderung und ihre Vertretungen an allen Entscheidungen betei-
 697 ligt werden, die sie betreffen.
 698
 699

Pflege und Krankenversorgung zukunftsfit machen

700 *Trotz der finanziellen Probleme des Gesundheitssektors darf nicht an der Qualität*
 701 *der Patientenversorgung gespart werden. In einem Flächenland wie Schleswig-Hol-*
 702 *stein ist wohnortnahe medizinische Hilfe besonders wichtig. Dafür müssen weitere*
 703 *konkrete Anreize gesetzt werden. Dazu gehört die Krankenhaussanierung ebenso*
 704 *wie bessere Arbeitsbedingungen für Gesundheits- und Pflegeberufe. Wir konnten*
 705 *seit 2012 bereits die Kostenfreiheit der Alten- u. Pflegeausbildung durchsetzen. Jetzt*
 706 *muss das Arbeiten in dem Beruf attraktiver werden.*
 707
 708
 709

- 710 • Wir wollen trotz der vielerorts rückläufigen Bevölkerungszahlen eine qualitativ
 711 hochwertige, **wohnortnahe Versorgung** sicherstellen - durch medizinische
 712 Versorgungszentren, erweiterte Kompetenzen für professionelle Pflegekräfte
 713 und den verstärkten Einsatz innovativer Techniken, wie etwa der Telemedizin.
 714

- 715 • Wir wollen eine **bedarfsgerechte medizinische Versorgung auf dem Land**
716 sichern - durch stärkere Anreize für die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten
717 im ländlichen Raum, den Ausbau der integrativen Versorgung und die Schaf-
718 fung durchlässiger Versorgungsstrukturen zwischen ambulantem und stationä-
719 rem Sektor.
720
- 721 • Wir wollen die Umsetzung der „**Charta zur Betreuung schwerstkranker und**
722 **sterbender Menschen**“ fördern, damit sich die Hospiz- und Palliativ-Versor-
723 gung in Schleswig-Holstein weiter verbessert. Zum Ausbau der palliativen-
724 und hospizlichen Versorgungsstrukturen, gehört auch der Aufbau einer Hos-
725 pizkultur in den Alten- und Pflegeheimen Schleswig-Holsteins.
726
- 727 • Wir wollen, dass die derzeit geltenden **Personalrichtwerte**, vom 1996 durch
728 ein landesweites Verfahren zur Ermittlung des tatsächlichen Pflegepersonal-
729 Bedarfs ersetzt werden. Die Personalbemessung darf nicht allein Teil der Pfl-
730 gesatz-Verhandlungen zwischen Altenheim-Betreibern und Pflegekassen sein.
731 So kann durch einen **höheren Personalschlüssel** und eine Fachkraftquote
732 von 50 % wieder eine qualitativ gute Pflege ermöglicht werden
733
- 734 • Wir wollen, dass die Auszubildenden in der Pflege eine **angemessene Aus-**
735 **bildungsvergütung** für ihre Arbeit bekommen.
736
- 737 • Wir wollen die gegenseitige **Anerkennung der Pflegeausbildungen** zwi-
738 schen Schleswig-Holstein und Dänemark.
739
- 740 • Wir wollen weiterhin dafür kämpfen, dass **schleswig-holsteinische Kranken-**
741 **häuser** für eine medizinische Leistung dasselbe bekommen, wie Kliniken in
742 anderen Bundesländern.
743
- 744 • Wir wollen die Kommunen auch in Zukunft weiter tatkräftig bei der Kliniksanie-
745 rung und bei Neubauten unterstützen. Deshalb setzen wir uns für eine weitere
746 Aufstockung der **Investitionsmittel für Krankenhäuser** ein.
747
- 748 • Wir setzen uns auch für einen **verbesserten Personalschlüssel in Kranken-**
749 **häusern** ein, damit Pflegefachkräfte endlich bessere Arbeitsbedingungen be-
750 kommen.
751
- 752 • Wir wollen die Rahmenbedingungen für den **Hebammenberuf** verbessern.
753 Wir machen uns deshalb auf Bundesebene für eine bezahlbare Lösung der
754 Haftpflichtversicherungen für diese Berufsgruppe stark.
755
- 756 • Der SSW hat dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein 2015 endlich einen **De-**
757 **menzplan** bekommen hat. Wir wollen, dass die darin aufgeführten Maßnah-
758 men jetzt finanziert werden. Die Vorbeugung und die Entlastung von Angehöri-
759 gen soll im Vordergrund stehen.
760
- 761 • Wir wollen, dass das Land **präventive Maßnahmen gegen Diabetes** deutlich
762 ausbaut, denn die zunehmende Zahl von Zuckerkranken stellt Bund und Län-
763 der vor große Herausforderungen.
764

- 765 • Wir wollen, dass nicht nur die jetzt Sozialversicherungspflichtigen in unser Ge-
766 sundheitssystem einzahlen, sondern alle Menschen in Deutschland an einer
767 gerechten, **solidarischen Finanzierung** mitwirken.
768

769 **Kinder und Jugendliche unterstützen**

770 *Das oberste Ziel ist und bleibt, Kinder und Jugendliche vor Benachteiligung und Aus-*
771 *grenzung zu schützen sowie sicherzustellen, dass sie gesund und gewaltfrei auf-*
772 *wachsen. Alle wichtigen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, müs-*
773 *sen gemeinsam mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.*
774

- 775
- 776 • Wir wollen den **Kinder- und Jugendaktionsplan** für Schleswig-Holstein wei-
777 ter entwickeln. Künftig sollen Medienkompetenz, demokratische Mitsprache,
778 interkulturelle Kompetenz und Antidiskriminierung noch stärker im Mittelpunkt
779 der Jugendpolitik stehen.
780
 - 781 • Wir wollen die demokratischen **Mitbestimmungsrechte** der Kinder, Jugendli-
782 chen und jungen Erwachsenen im Alltag stärken - in Schulen, Freizeiteinrich-
783 tungen und Hochschulen.
784
 - 785 • Wir wollen, dass **Kinder in Heimen** und anderen Angeboten der Jugendhilfe
786 Kind-gerechtere Rahmenbedingungen und mehr Mitbestimmungsmöglichkei-
787 ten bekommen.
788
 - 789 • Wir wollen, dass die Kommunen sich noch stärker um einen engen, kontinuier-
790 lichen **Dialog mit den Kindern und Jugendlichen** bemühen und sie an politi-
791 schen Entscheidungen beteiligen. Die entsprechenden Regelungen in der
792 Kommunalverfassung, die immer wieder politisch in Frage gestellt werden,
793 müssen beibehalten werden.
794
 - 795 • Wir wollen, dass die **Jugendfreiwilligendienste** und der Bundesfreiwilligen-
796 dienst für junge Menschen attraktiver werden. Wir wollen, dass die Hochschu-
797 len endlich ein einheitliches Verfahren finden, um diese wertvolle Arbeit bei
798 Aufnahmen zu berücksichtigen. Im Bund muss das Land für eine angemes-
799 sene Besoldung kämpfen.
800
 - 801 • Wir wollen die **offene Jugendarbeit** auskömmlich und nachhaltig finanzieren.
802

803 **Sport fördern**

804 *Der Sport ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Der Leistungssport hat Vor-*
805 *bildfunktion, insbesondere für Jugendliche. Der Breitensport wirkt integrativ und för-*
806 *dert die Gesundheit sowohl körperlich als auch seelisch. Deshalb muss der Sport in*
807 *Schule und Freizeit eine noch größere Rolle spielen.*
808

- 809 • Wir wollen, dass auf den Erfolgen seit 2012 zukünftig aufgebaut wird. Es müs-
810 sen insbesondere **Sportstätten gefördert und Sportvereine und -verbände**
811 **unterstützt** werden.
812

- 816 • Wir wollen, dass bei der Einrichtung von **Ganztagsschulangeboten** Sportan-
817 gebote stärker mit integriert werden.
818

819

820 **Wohnraum schaffen**

821

822 *Es muss mehr öffentlicher sozialer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, zum*
823 *Beispiel durch die Förderung von Genossenschaftsmodellen. Mit dem seit 2015 lau-*
824 *fenden Programm für die soziale Wohnraumförderung hat die Landesregierung über*
825 *den gesamten Planungszeitraum gesehen 360 Mio. Euro für die Förderung von*
826 *Wohnraum ausgegeben. 2018 läuft dieses Programm aus.*
827

- 828 • Wir wollen, dass das **Programm für die soziale Wohnraumförderung** an ein
829 Nachfolgeprogramm anknüpfen kann, damit am Wohnungsmarkt eine deutli-
830 che Entspannung spürbar wird. Auch im Rahmen eines Hilfspaketes für Woh-
831 nungslose ist dieser Punkt wichtig. Es fehlt häufig an kleinen, bezahlbaren
832 Wohnungen.
833

834

835

836

837

838

839

840

841

842

843

844

845

846

847

848

849

850

851

852

853

854

855

856

857

858

859

860

861

862

863

864

865

866

867

868

869 **Unsere Integrationspolitik: Zusammenleben fördern - Aus-** 870 **grenzung bekämpfen**

871
872

873 Der große Zustrom von Flüchtlingen vor allem aus Syrien in 2015 hat das Thema In-
 874 tegration noch einmal ganz oben auf der Tagesordnung angesiedelt. Aber eigentlich
 875 ist das Thema nicht neu. Seitdem die ersten „Gastarbeiter“ aus Spanien, Italien,
 876 Griechenland oder der Türkei nach Deutschland gekommen ist, ist die Frage aktuell,
 877 wie wir gut zusammenleben können.

878

879 Wir sind ein Einwanderungsland und deshalb kann es nur darum, wie wir alle gut zu-
 880 sammen leben und zur Gemeinschaft beitragen können. Auf diese Fragen und viele
 881 konkrete Hindernisse müssen wir in den kommenden Jahren endlich funktionierende
 882 Antworten finden.

883

884 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

885

886

887 ***Einwandererinnen und Einwanderer integrieren***

888

889 *In den letzten Jahrzehnten sind Menschen zu uns eingewandert, die heute noch in*
 890 *vielerlei Hinsicht ausgegrenzt und benachteiligt sind. Wir müssen endlich die Barrie-*
 891 *ren überwinden und dafür sorgen, dass diese Menschen auch ihren Platz auf dem*
 892 *Arbeitsmarkt finden. Bund und Länder müssen zusammenarbeiten, um flächende-*
 893 *ckend Zugang zu Beschäftigung und Bildung zu ermöglichen. Die gelingende In-*
 894 *tegration ist eine politische Kernaufgabe der kommenden Jahrzehnte.*

895

896 • Wir wollen deshalb ein **offizielles Landesintegrationsministerium** in dem
 897 die Kompetenzen und Ressourcen, die sich mit dieser Aufgabe befassen, ge-
 898 bündelt werden.

899 •

900 • Wir wollen, dass die **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen**
 901 forciert wird.

902

903 • Wir wollen uns für eine möglichst **unbürokratische Arbeitsvermittlung** ein-
 904 setzen. Vor allem in den Mangelbereichen im Bereich der Pflege, im Gesund-
 905 heits- und im Bildungswesen, muss es zu einer deutlichen Erleichterung der
 906 Arbeitsaufnahmen kommen.

907

908 • Wir wollen einen freien Zugang zu **Bildungsangeboten** sicher stellen.

909

910 • Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau und die kontinuierliche Förderung
 911 des **DaZ (Deutsch-als-Zweitsprache-Unterrichts)** und der entsprechenden
 912 DaZ-Strukturen.

913

914 • Wir wollen, dass ein Anspruch auf **Schulbegleitung** auch für geflüchtete Kin-
 915 der in vollem Umfang gilt.

916

- 917 • Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Kommunen die **aktive Integrations-**
 918 **politik** weiterentwickeln, indem sie die entsprechende Weiterbildung ihrer Mit-
 919 arbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig vorantreiben.
 920
- 921 • Um die Integration von Ausländerinnen und Ausländern zu verbessern, muss
 922 auch die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung gegeben sein. Wir wollen,
 923 dass vor Ort feste **kommunale Ausländerbeiräte** eingerichtet werden.
 924

925 **Flüchtlingen helfen**

926 *Der SSW kämpft dafür, dass das Asylrecht nicht ausgehöhlt wird.*
 927

- 930 • Wir wollen ein **humanitäres Bleiberecht** mit gesetzlichen Regelungen und re-
 931 alistischen Anforderungen für eingewanderte und geflüchtete Menschen.
 932 Stichtagsunabhängigkeit, Ansprüche an die Lebensunterhaltssicherung, Aus-
 933 übung einer Erwerbstätigkeit, verlässliche Perspektiven für die Kinder und
 934 eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis gehören dazu.
 935
- 936 • Wir wollen, dass ein Anspruch auf **niedrigschwellige** Hilfen besteht: Migrati-
 937 onssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagogen sowie psychologische Hil-
 938 fen für Erwachsene, Kinder- und Jugendliche. Junge Menschen die Jugendhil-
 939 femaßnahmen bekommen müssen auch über das Alter von 18 hinaus fortset-
 940 zen können.
 941
- 942 • Zur gelingenden Integration der Flüchtlinge gehört ein schneller Erwerb der
 943 deutschen Sprache. Deshalb wollen wir die Anzahl der **Deutsch-Kurse für**
 944 **Flüchtlinge** erhöhen.
 945
- 946 • Wir wollen den freien Zugang zu umfassenden Gesundheitsleistungen herstel-
 947 len. Die **Gesundheitskarte** soll in diesem Fall, als Türöffner dienen.
 948
- 949 • Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der **Bund** die Flüchtlingsarbeit von Land
 950 und Kommunen auskömmlich finanziert.
 951

952 **Kulturellen Dialog führen**

953 *Gerade weil wir es mit ganz unterschiedlichen Gruppen von Migrantinnen und Mig-*
 954 *ranten in Schleswig-Holstein zu tun haben, wollen wir eine Kulturinitiative starten, um*
 955 *den interkulturellen Dialog zu fördern. Sie soll bei Kultureinrichtungen das Bewusst-*
 956 *sein dafür schärfen, sich für andere Kulturen zu öffnen, und bei Migrantinnen und*
 957 *Migranten dafür werben, sich an Kulturangeboten zu beteiligen.*
 958
 959

- 960
- 961 • Wir wollen eine **Kulturinitiative** für den kulturellen Austausch mit unseren zu-
 962 gewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern starten.
 963
- 964 • Wir wollen einen **Runden Tisch Interkultur** einrichten, bei dem mehrmals im
 965 Jahr Kulturvereine von Migrantinnen und Migranten und ausgewählte Kultur-
 966 einrichtungen zusammenkommen, um sich gemeinsame Initiativen zu überle-
 967 gen.

968 **Islamkonferenz einrichten**

969

970 *Durch eingewanderte und geflüchtete Menschen ist der Islam schon seit Jahrzehnten*
 971 *Realität in Schleswig-Holstein. Im Sinne eines gedeihlichen Zusammenlebens gilt es,*
 972 *die verschiedenen Glaubenswelten des Islam zu respektieren so weit sie mit der*
 973 *Rechtsordnung unseres Landes im Einklang stehen. Unser übergeordnetes Ziel*
 974 *muss sein, Integration und Dialog zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit dem Is-*
 975 *lam muss ein Anliegen des ganzen Landes sein.*

976

- 977 • Wir wollen, dass Schleswig-Holstein eine **Islamkonferenz** auf Landesebene
- 978 einführt. Ihre Aufgabe soll es sein, die Stellung des Islam in Schleswig-Hol-
- 979 stein zu klären und konkrete Fragestellungen zu definieren, die in Erlassen o-
- 980 der im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren umzusetzen sind. Themen er-
- 981 geben sich aus den Bedürfnissen unserer islamischen Mitbürgerinnen und Mit-
- 982 bürger, ihren Verbänden und Vereinen und den Anforderungen von Staat und
- 983 Gesellschaft.

984

985

986

987

988

989

990

991

992

993

994

995

996

997

998

999

1000

1001

1002

1003

1004

1005

1006

1007

1008

1009

1010

1011

1012

1013

1014

1015

1016

1017

1018

1019

1020

1021

1022 **Unsere Wirtschaftspolitik: Starke Unternehmen für starke** 1023 **Regionen**

1024
1025

1026 Der SSW ist Partei zweier Minderheiten, die fest im Norden des Landes beheimatet
1027 sind. Deshalb wissen wir sehr gut, wie wichtig es ist, dass die Unternehmen in unse-
1028 rem Land florieren und Menschen hier Arbeit finden. Wir stehen für eine Wirtschafts-
1029 politik, die die Regionalentwicklung in allen Regionen des Landes im Blick behält und
1030 die verschiedene Rezepte für verschiedene Regionen sucht.

1031

1032 Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein bietet durch seine besondere Lage, die
1033 geografische Nähe zur Metropole Hamburg oder die Verbindung in den Ostsee- und
1034 Nordseeraum hervorragende Möglichkeiten für die Wirtschaft. Der Standort Schles-
1035 wig-Holstein ist Dreh- und Angelpunkt für wirtschaftliche Verbindungen in alle Him-
1036 melsrichtungen. Diesen Standortvorteil müssen wir voll ausschöpfen.

1037

1038 Die Schleswig-Holsteinische Wirtschaft ist geprägt von seinen kleinen und mittleren
1039 Unternehmen. Darin liegt eine Stärke, denn diese Unternehmen sind besonders flexi-
1040 bel, innovativ, spezialisiert und international durchaus erfolgreich. Auf diese Stärken
1041 setzen wir. In den erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft, der modernen
1042 Medizintechnik und in der Gesundheitswirtschaft, der Ernährungswirtschaft oder im
1043 Tourismus liegen die Stärken des Landes. Wir setzen darauf, Unternehmen auch in
1044 diesen Bereichen weiter zu stärken.

1045

1046 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

1047

1048

1049 ***Unternehmen stärken***

1050

1051 *Die mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat unserer erfolgreichen Wirt-*
1052 *schaft. Die Industriebetriebe im Land, mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen*
1053 *schaffen Wachstum und sichern Arbeitsplätze im Land. Wir wollen die Produktion*
1054 *und Beschäftigung im Land sichern.*

1055

- 1056 • Wir wollen die wirtschafts- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen so
1057 ausgestalten, dass die kleineren und mittleren Unternehmen im Land **faire**
1058 **Wettbewerbsbedingungen** erhalten.
- 1059
- 1060 • Wir wollen innovative Unternehmen weiterhin durch eine **gezielte Förderung**
1061 **des einzelnen Betriebs** stützen und stärken können.
- 1062
- 1063 • Wir wollen, dass das Land gemeinsam mit Verbänden und Unternehmen da-
1064 rauf setzt, **internationale Qualitätsmerkmale** zu schaffen und den Export
1065 dadurch zu verstärken.
- 1066
- 1067 • Wir wollen das **Bündnis für Industrie SH** gemeinsam mit allen Akteuren aus
1068 Unternehmen, Kammern, Hochschulen, Verbänden und Gewerkschaften ver-
1069 stetigen und seine Schwerpunkte weiter entwickeln.
- 1070
- 1071 • Wir wollen unsere Unternehmen bei der **Digitalisierung der Wirtschaft** („In-
1072 dustrie 4.0“) begleiten und unterstützen. Dazu gehört auch die Mitnahme und

- 1073 Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
1074
- 1075 • Wir wollen eine gemeinsame und nachhaltige **norddeutsche Industriepolitik**.
1076
 - 1077 • Wir wollen die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** und die industriepolitische
1078 Ausrichtung mit Dänemark und anderen nordischen Ländern ausbauen.
1079
 - 1080 • Wir wollen den **Wissenstransfer** zwischen Forschung und Technologieent-
1081 wicklung auf der einen und der mittelständischen Wirtschaft auf der anderen
1082 Seite fördern, um den Unternehmen die Produkt- und Technologie-Entwick-
1083 lung zu erleichtern.
1084
 - 1085 • Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor Ort sind für Unternehmen ein
1086 entscheidender Standortfaktor. Wir wollen die **Universitäten und Fachhoch-**
1087 **schulen** in Flensburg, Heide und Lübeck ebenso wie die Einrichtungen in der
1088 Landeshauptstadt weiter stärken, weil sie für die Zukunft der Unternehmen
1089 Schleswig-Holsteins von so entscheidender Bedeutung sind.
1090
1091

1092 **Den Tourismus stärken**

1093
1094 *Der Tourismus ist eines der stärksten wirtschaftlichen Standbeine unseres Landes.*
1095 *Die Anzahl der Übernachtungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Aber wenn*
1096 *wir diese Zahlen halten und steigern wollen, dann müssen wir etwas dafür tun. Seit*
1097 *2012 haben wir mit der landesweiten Vermarktung unter einer einheitlichen Dach-*
1098 *marke oder die Stärkung der Tourismusagentur SH (TASH) die Grundlage für eine*
1099 *moderne Marketingstrategie gelegt. Wir wollen unsere Wettbewerbsposition weiter*
1100 *verbessern.*
1101

- 1102 • Wir wollen zur Umsetzung der Ziele der Tourismusstrategie das **Sonderför-**
1103 **derprogramm Tourismus** verstetigen. Damit können wir die touristische Infa-
1104 rastruktur, einzelbetriebliche Vorhaben, nicht-investive Vorhaben und den
1105 Tourismus im ländlichen Raum stärken sowie die Fachkräfte sichern.
1106
- 1107 • Wir wollen die erfolgreiche Verbreitung der **Dachmarke „Der echte Nor-**
1108 **den“** auf allen Ebenen konsequent fortführen.
1109
- 1110 • Wir wollen die **Sprachenvielfalt** und die **Vielfalt der Kulturen** des Landes als
1111 Alleinstellungsmerkmal unseres Landes sichtbar machen.
1112
- 1113 • Wir wollen die **Erreichbarkeit der touristischen Destinationen** im Inland im
1114 Individualverkehr und mit öffentlichen Verkehrsmitteln weiter verbessern.
1115

1116 **Landwirtschaft & Fischerei stützen**

1117
1118 *Schleswig-Holstein ist von der Landwirtschaft geprägt. Sie bildet im ländlichen Raum*
1119 *das wirtschaftliche Rückgrat und schafft in vielerlei Hinsicht die Lebensgrundlagen.*
1120 *Die Situation in der Landwirtschaft ist aber derzeit angespannt wie kaum zuvor. Die*
1121 *Marktorientierung der EU-Landwirtschaftspolitik wird Umbrüche innerhalb der beste-*
1122 *henden Landwirtschaft nach sich ziehen, zu denen sich Verbraucher wie Politik ver-*
1123 *halten müssen. Aber auch die Ernährungsindustrie und der Einzelhandel sind in der*

1124 *Pflicht, hier Lösungen zu finden. Das Motto „wachse oder weiche“ muss endlich aus-*
 1125 *gedient haben. Gemeinsam mit der Landwirtschaft müssen Perspektiven und Wege*
 1126 *gefunden werden, die eben nicht auf Quantität, sondern verstärkt auf Qualität setzen.*
 1127

- 1128 • Wir wollen **Vermarktungsstrategien** fördern, die auf **Regionalität** setzen und
 1129 ein Alleinstellungsmerkmal haben, um so auch den überregionalen Markt be-
 1130 dienen zu können.
 1131
- 1132 • Wir wollen, dass die **Veredelung der Produkte vor Ort** geschieht. Das schafft
 1133 Wertschöpfung in der jeweiligen Region und Vertrauen bei den Verbrauchern.
 1134
- 1135 • Wir wollen, dass Landwirte durch **Vertragsnaturschutz und landschaftspfle-**
 1136 **gerische Maßnahmen** die Möglichkeit bekommen, ihr Leistungs- und Einkom-
 1137 mensspektrum zu erweitern.
 1138
- 1139 • Wir wollen eine eindeutige **Produktdeklaration in Bezug auf Gentechnik**,
 1140 damit unsere „sauberen“ landwirtschaftlichen Produkte ihren Marktvorteil nut-
 1141 zen können. Eine Erhöhung der Grenzwerte lehnen wir ab.
 1142
- 1143 • Wir wollen die **Sicherung sowohl der konventionellen als auch der ökolo-**
 1144 **gischen Landwirtschaft**, denn beide Landwirtschaftsformen haben ihre Be-
 1145 rechtigung. Die nachhaltige und schonende Produktionsweise des Öko-Land-
 1146baus wirkt sich positiv auf Natur und Umwelt aus. Der Bio-Markt ist ein wach-
 1147sender Wirtschaftszweig und gerade die regionalen Rohstoffe und Produkte
 1148 sind nachgefragt.
 1149
- 1150 • Wir wollen, dass **Aspekte des Tierwohls** in allen Produktionsformen berück-
 1151 sichtigt werden.
 1152
- 1153 • Wir wollen die **handwerklichen Fischer** im Land unterstützen. Sie betreiben
 1154 eine nachhaltige Fischerei und sind für Schleswig-Holstein auch aus kulturhis-
 1155 torischer und touristischer Sicht wertvoll.
 1156
- 1157 • Wir wollen die regionalen Fischereiunternehmen bei ihren **Investitionen in**
 1158 **Kutter** fördern, damit sie der internationalen Konkurrenz standhalten können.
 1159
- 1160 • Wir wollen, dass deren **Hafenstandorte ausgebaut** werden. Häfen wie
 1161 Husum oder Büsum müssen auch deshalb saniert und auf die neuesten Anfor-
 1162 derungen hin eingerichtet werden.
 1163
- 1164 • Wir wollen **Projekte der Fischereiverbände** zum Erhalt von Fischarten weiter
 1165 unterstützen. Das „Aalutsetten in de Schlie“ der Schleifischer ist eine Initiative
 1166 mit Vorbildcharakter.
 1167
- 1168 • Wir wollen, dass die **Kormoranproblematik** ernst genommen wird und kon-
 1169 struktive Lösungsvorschläge erarbeitet werden, um Fischbestände zu schüt-
 1170 zen.
 1171
 1172
 1173
 1174

1175 **Unsere Infrastrukturpolitik: Beständige Sanierung und ge-** 1176 **zielter Ausbau**

1177
 1178 Die Infrastruktur in Schleswig-Holstein hat seit 2012 endlich die volle Aufmerksamkeit
 1179 der Politik bekommen, nachdem Jahrzehntlang immer neu gebaut, aber der Erhalt
 1180 und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur sträflich vernachlässigt wurde. Das
 1181 gilt für Straßen ebenso wie für Schulen, Hochschulen oder andere öffentliche Ge-
 1182 bäude.

1183
 1184 Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass die
 1185 Menschen zur Arbeit kommen, sich versorgen und soziale Kontakte pflegen können.
 1186 Sie ist unerlässlich, wenn es darum geht, Unternehmen und Betriebe mit ihren Ar-
 1187 beitsmitteln zu beliefern und deren Produkte zu den Märkten zu bringen. Und sie ist
 1188 auch die Lebensader für den Tourismus im Land.

1189
 1190 Infrastruktur ist auch die Basis, wenn wir unser Land ins digitale Zeitalter führen wol-
 1191 len. Das Internet bietet ganz neue Möglichkeiten, von jedem Ort der Welt zu arbeiten.
 1192 Aber Voraussetzung dafür ist, dass an diesem Ort auch eine vernünftige Anbindung
 1193 an die digitale Welt vorhanden ist. Deshalb soll die Digitalisierung in den kommenden
 1194 Jahren auch im Zentrum der Landespolitik stehen.

1195
 1196 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

1197 1198 **Öffentlichen Verkehr ausbauen**

1199 *Der Öffentliche Personennahverkehr mit Bussen u.ä. (ÖPNV) und der Schienen-Per-*
 1200 *sonennahverkehr (SPNV) sind Teil der Daseinsvorsorge. Mobilität ist ein Grundbe-*
 1201 *dürfnis der Menschen im Land, denn sie ermöglicht die Teilhabe am kulturellen und*
 1202 *sozialen Leben, an Kommunikation, an Bildung sowie am Arbeitsleben. Und damit*
 1203 *schafft Mobilität für viele Menschen die Voraussetzung für ihre Existenzsicherung.*
 1204 *Der ÖPNV muss deshalb auch in Zukunft für alle bezahlbar sein und ein dichtes Netz*
 1205 *über das Land geknüpft werden.*

- 1206
 1207
 1208
 1209 • Wir wollen die Attraktivität des ÖPNV und SPNV durch **Qualitätsverbessere-**
 1210 **rungen** steigern. Dazu gehören Verbesserung der Pünktlichkeit, bessere
 1211 Fahrgastinformationen, eine gute Vernetzung von ÖPNV und SPNV, mehr
 1212 Komfort sowie WLAN-Verbindungen.
- 1213
 1214 • Wir wollen uns dafür einsetzen, dass **Berufspendler, Studierende oder Men-**
 1215 **schen in besonderen Lebenslagen** künftig stärker berücksichtigt werden.
- 1216
 1217 • Wir wollen - ergänzend zu den bisherigen Mobilitätskonzepten im ländlichen
 1218 Raum - **Alternativen zum ÖPNV** ermöglichen. Projekte, wie Bürgerbusse,
 1219 Ruftaxis oder andere Mitnahmeverkehre, die in den Kreisen entwickelt wurden
 1220 und eine bessere Mobilität gewährleisten, wollen wir durch Projektförderung
 1221 unterstützen.

1222

- 1223 • Wir wollen **Bahnstrecken im Nahverkehr** ausbauen. Die Bahn ist die umwelt-
1224 freundlichste, öffentliche Transportart von Menschen und Gütern. Die Sanie-
1225 rung und der Ausbau der Schienenstrecken im Nahverkehr muss daher im
1226 Land weiter vorangetrieben werden.

1227
1228

Straßen erhalten und zielgerichtet ausbauen

1230

1231 *Die verkehrliche Infrastruktur ist eine der Voraussetzungen für eine funktionierende*
1232 *wirtschaftliche Entwicklung im Land. Doch wir wissen, dass unsere Verkehrsinfra-*
1233 *struktur in großen Teilen saniert werden muss. Das muss dringend in den kommen-*
1234 *den Jahren passieren, denn wir müssen uns auf wachsende Verkehrsströme einstel-*
1235 *len. Der Nord-Süd-Verkehr wird weiter wachsen.*

1236

- 1237 • Wir wollen, dass dem **Erhalt, der Sanierung und Ausbau** bestehender Stra-
1238 ßen allgemein Vorrang vor komplett neuen Strecken zu geben ist.

1239

- 1240 • Wir wollen, dass der von uns begonnene Aufholprozess bei der jahrzehnte-
1241 lang vernachlässigten **Sanierung von Landesstraßen** (die mit dem „L“) kon-
1242 sequent fortgesetzt wird, bis der Rückstau abgebaut ist. Dafür wollen wir die
1243 entsprechenden Gelder zur Verfügung stellen.

1244

- 1245 • Wir wollen den konsequenten **Weiterbau der A 20** mit westlicher Elbquerung
1246 bei Glückstadt.

1247

- 1248 • Wir wollen, dass der **Westküstenmagistrale** aus A 23 und B 5 in Zukunft
1249 mehr Bedeutung zugemessen wird. Diese Strecke dient nicht nur der wirt-
1250 schaftlichen Erschließung der Westküste, sondern auch der mittel- und lang-
1251 fristigen Entlastung der A 7.

1252

- 1253 • Wir wollen die rechtlichen Grundlagen für Planungsverfahren und Planände-
1254 rungsverfahren überprüfen und mit dem Ziel überarbeiten, diese **Verfahren zu**
1255 **beschleunigen**.

1256

- 1257 • Wir wollen, dass auf der A 7 zwischen der Rader Hochbrücke und der däni-
1258 schen Grenze tagsüber von 6-20 Uhr ein durchgehendes **LKW-Überholver-**
1259 **bot** ausgesprochen wird. Langfristig muss die A7 bis zur Grenze ebenfalls
1260 dreispurig ausgebaut werden.

1261

1262

Breitband flächendeckend ausbauen

1264

1265 *Durch die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft wie im Privatleben besteht ein*
1266 *großes und drängendes Bedürfnis, die digitale Infrastruktur erheblich auszubauen.*
1267 *Breitbandversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit*
1268 *der Gemeinden. Gerade im ländlichen Raum ist die schnelle Internetversorgung aber*
1269 *bei weitem noch nicht flächendeckend.*

1270

- 1271 • Wir wollen den **Ausbau des schnellen Internets** auch in den nächsten Jah-
1272 ren weiter voranbringen und die Gemeinden dabei unterstützen, Lösungen vor

1273 Ort zu erarbeiten.

1274

1275

1276

1277

1278

1279

1280

1281

1282

1283

1284

1285

1286

1287

1288

1289

1290

1291

1292

1293

1294

1295

1296

1297

1298

1299

1300

1301

1302

1303

1304

1305

1306

1307

1308

1309

1310

1311

1312

1313

1314

1315

1316

1317

1318

1319

1320

1321

1322

1323

- Wir wollen es innerhalb der kommenden Jahre schaffen, alle **Schulen** mit Glasfaserkabeln oder mobile Technologien ans Breitbandnetz anzuschließen.

Unsere Kulturpolitik: Kein Luxus, sondern Lebensmittel

1324
1325
1326
1327
1328
1329
1330
1331
1332
1333
1334
1335
1336
1337
1338
1339
1340
1341
1342
1343
1344
1345
1346
1347
1348
1349
1350
1351
1352
1353
1354
1355
1356
1357
1358
1359
1360
1361
1362
1363
1364
1365
1366
1367
1368
1369
1370
1371
1372
1373
1374

Oberstes Ziel unserer Kulturpolitik bleibt es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Denn jeder Mensch hat das Recht auf kulturelle Teilhabe, unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer, religiöser und politischer Auffassung und individueller Einschränkungen. Kultur bietet wesentliche Antworten auf die Fragen, woher wir kommen und wie wir leben wollen.

Schleswig-Holstein hat eine reichhaltige Geschichte und eine vielfältige Kultur vorzuweisen: Dänen, Friesen, Deutsche, Sinti und Roma sowie Migrantinnen und Migranten machen seit Jahrhunderten Schleswig-Holstein bunt. Kulturelle Vielfalt ist somit ein besonderes Merkmal Schleswig-Holsteins.

Unsere **Kulturministerin Anke Spoorendonk** hat seit 2012 die Kulturpolitik des Landes entscheidend weiter entwickelt. Mit den 2014 beschlossenen „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ hat unser Land erstmals in seiner Geschichte ein tragfähiges Konzept für die Kulturpolitik des Landes. Es geht im Kern darum, unser materielles und immaterielles Kulturerbe zu erhalten und zugänglich zu machen, Kultureinrichtungen und Kulturschaffende zu stärken, die Digitalisierung unserer Gesellschaft kulturell zu begleiten und umzusetzen, Kulturtourismus sowie Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern. Und vor allem geht es auch darum, der jungen Generation durch eine bessere kulturelle Bildung den Wert von Kultur nahe zu bringen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Die Kulturförderung ausweiten

Um den Zielen der „Kulturperspektiven“ gerecht zu werden, bedarf es für Kulturinstitutionen und Kulturschaffende eines Höchstmaßes an finanzieller Sicherheit. Der SSW wird die Kulturförderung des Landes in der kommenden Wahlperiode weiter verbessern.

- Wir wollen den **Investitionsstau im kulturellen Bereich abbauen** und die Dynamisierung des Vorwegabzuges beim Kommunalen Finanzausgleich weiterführen. Dadurch wollen wir nicht zuletzt unseren kommunalen Theatern und öffentlichen Bibliotheken Planungssicherheit geben.
- Wir werden das **Modell der Kulturknotenpunkte weiterentwickeln**, um die kulturelle Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten. Dazu gehört die spartenübergreifende Vernetzung von Kultureinrichtungen (Volkshochschulen, Soziokulturelle Zentren, Bibliotheken) ebenso wie die intensive Einbindung und Vernetzung von Kulturschaffenden, Ehrenamtlichen, Nutzerinnen und Nutzern.
- Wir werden die Kulturperspektiven mit Blick auf die Digitalisierung unserer Gesellschaft weiterentwickeln und im Rahmen unseres Kulturkonzepts eine **Digitale Agenda Kultur** umsetzen.

- 1375 • Wir werden durch die Schaffung eines **Liquiditätsfonds neuen Kulturformen** -
 1376 wie Comic-Kultur, Computerspielen, Poetry-Slam, Video- und Kurzfilmprojekten
 1377 - eine bessere Plattform geben.
 1378
- 1379 • Wir wollen den **Kulturstandort Schleswig-Holstein** auch aus touristischen und
 1380 wirtschaftlichen Gründen weiter stärken. Dazu gehört, dass für Konzerte und
 1381 Kulturdarbietungen wie die des **Schleswig-Holstein Musik Festivals** an-
 1382 spruchsvolle Säle vorhanden sein müssen. Dass sich das Land sowohl an der
 1383 **Sanierung der MuK** in Lübeck als auch an der **Sanierung des Kieler Schlos-**
 1384 **ses** finanziell beteiligt, steht für uns daher außer Frage.
 1385
 1386

Kulturelle Bildung ausbauen

1387
 1388
 1389 *Bildung und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille. Der SSW setzt sich für eine Fort-*
 1390 *setzung des Projekts „Kultur trifft Schule – Schule trifft Kultur“ ein, das 2018 ausläuft.*
 1391 *Die Vernetzung der Kulturschaffenden mit den Schulen darf nicht abbrechen. Zudem*
 1392 *muss die kulturelle Bildung verstärkt mitgedacht werden, wenn es um Schul- und*
 1393 *Weiterbildung geht.*
 1394

- 1395 • Wir wollen eine **Gesamtkonzeption für den Bereich** „Bildung und Kultur“ ent-
 1396 wickeln, um die Nachhaltigkeit von Projekten zu sichern. Dazu gehören der re-
 1397 gelmäßige Austausch von Künstlerinnen und Künstlern mit Bildungsinstitutio-
 1398 nen, ein Fortbildungsangebot für Ehrenamtliche in der kulturellen Bildung und
 1399 die Stärkung der Qualität durch Zielvorgaben.
 1400
- 1401 • Wir wollen die **Kooperation von kultureller Jugendbildung und Schule** noch
 1402 weiter ausbauen. Gerade Ganztagschulen bieten in den Bereichen Theater,
 1403 Musik, bildende Kunst und Tanz noch erhebliches Potential, das wir nutzen wol-
 1404 len.
 1405
- 1406 • Die Kulturelle Bildung stützt sich heute stark auf das unverzichtbare Engage-
 1407 ment von Ehrenamtlern. **Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**
 1408 sind und bleiben aber wichtig, um Professionalität zu sichern. Wir wollen des-
 1409 halb eine verbesserte Finanzierung, die das ermöglicht.
 1410
- 1411 • Wir wollen verbesserte Rahmenbedingungen für des **Freiwillige Soziale Jahr**
 1412 **Kultur**. Wir fordern eine deutlich stärkere gesellschaftliche Anerkennung (u.a.
 1413 durch Hochschulen) und bessere finanzielle Bedingungen.
 1414
 1415

Kultureinrichtungen fördern

1416
 1417
 1418 *Die öffentlichen Kultureinrichtungen im Land nehmen nicht nur die anspruchsvolle*
 1419 *Aufgabe wahr, das kulturelle Erbe des Landes zu sichern und heutigen Generationen*
 1420 *zu vermitteln. Theater, Museen und Bibliotheken schaffen und vermitteln die Strö-*
 1421 *mungen der Gegenwart und tragen somit zur Fortschreibung der Kultur Schleswig-*
 1422 *Holsteins bei. Dafür muss die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen*
 1423 *schaffen.*
 1424

- 1425
- 1426
- 1427
- 1428
- 1429
- 1430
- 1431
- 1432
- 1433
- 1434
- 1435
- 1436
- 1437
- 1438
- 1439
- 1440
- 1441
- 1442
- 1443
- 1444
- 1445
- 1446
- 1447
- 1448
- 1449
- 1450
- 1451
- 1452
- 1453
- 1454
- 1455
- 1456
- 1457
- 1458
- 1459
- 1460
- 1461
- 1462
- 1463
- 1464
- 1465
- 1466
- 1467
- 1468
- 1469
- 1470
- 1471
- 1472
- 1473
- 1474
- 1475
- Wir wollen den gesellschaftlichen Mehrwert unserer öffentlichen **Bibliotheken** stärker herausstellen. Sie sichern den demokratischen Zugang zu Medien und Informationen im Zeitalter der Digitalisierung und sind Orte der kulturellen Bildung und Begegnung. In diesem Sinne wollen wir die Projektmittel für innovative Bibliotheksarbeit aufstocken und die Bibliotheken verstärkt mit anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen vernetzen. Bibliotheken sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und deshalb muss das Bibliotheksgesetz in diesem Sinne weiter entwickelt werden.
 - Wir wollen das im Rahmen der Kulturperspektiven erarbeitete **Theaterkonzept für Schleswig-Holstein** weiterentwickeln. Wir stehen zu den drei kommunalen Theatern im Lande – dem Landestheater im Norden und den Theatern in Kiel und Lübeck – und werden deren Kulturauftrag weiter sichern. Wir wollen das Kinder- und Jugendtheater stärken. Auch die freien Theater müssen weiterhin vom Land unterstützt werden, zum Beispiel durch Investitionszuschüsse.
 - Die **soziokulturellen Kulturzentren** im Lande müssen weiterhin von Land finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch Investitionszuschüsse für die Schaffung von Barrierefreiheit.
 - Wir wollen gemeinsam mit der kommunalen Ebene die schleswig-holsteinische **Museumslandschaft** weiter professionalisieren. Dazu gehören die Weiterführung der Zertifizierungsinitiative, die digitale Erfassung unseres kulturellen Erbes und Maßnahmen gegen den Verfall des Kulturerbes. Wir werden uns dafür stark machen, dass Land und Kommunen gemeinsam einen **Fördertopf für kommunale Museen** einrichten.
 - Wir wollen in regelmäßigen Abständen **Landesausstellungen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte** initiieren. Wir brauchen diesen Diskurs nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Globalisierung und werden ihn im Rahmen unseres Kulturdialogs führen.
 - Wir wollen den Masterplan für unsere **Landesmuseen** weiter umsetzen. Dazu gehört, die Attraktivität der Museen auf der Gottorfer Schlossinsel durch eine neue Dauerausstellung und ein neues Eingangsgebäude nachhaltig zu stärken.
 - Wir wollen, dass das **Institut für baltische und skandinavische Archäologie** beim Archäologischen Landesmuseum weiter entwickelt wird - mit dem Ziel der Aufnahme in die bundesweite Leibnitz-Gemeinschaft.
 - Wir wollen das **Landesarchivgesetz novellieren** und dabei insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung im Blick haben.
 - Wir wollen das **Landesamt für Denkmalpflege** personell stärken und die bewährte Stelle eines Ombudsmanns beibehalten.

Gedenkstätten modernisieren

1476 *Die Erinnerungskultur unseres Landes muss sich verstärkt auf Jugendliche und*
1477 *junge Erwachsene einstellen, die keinen (persönlichen) Bezug zur Nazi-Zeit haben.*
1478 *Weil sie keine Familienmitglieder mehr haben, die Naziherrschaft und Krieg selbst er-*
1479 *lebt haben. Oder weil sie und ihre Familien aus dem Ausland zugewandert sind.*
1480 *Heute ist es wichtiger denn je zu zeigen, wohin Rechtsradikalismus, Intoleranz, De-*
1481 *mokratie- und Fremdenfeindlichkeit in der Konsequenz führen. Dafür müssen zeitge-*
1482 *mäße und gesellschaftsnahe Formen der Bildungsarbeit entwickelt werden.*
1483

- 1484 • 2015 hat Schleswig-Holstein auf unser Betreiben hin erstmals einen konzepti-
1485 onellen Rahmen für die Auseinandersetzung mit dem Erbe der Nazizeit in
1486 Schleswig-Holstein bekommen. Wir wollen das **Gedenkstättenkonzept** des
1487 Landes finanziell und inhaltlich weiterentwickeln.
1488
- 1489 • Wir wollen die **Vermittlungsarbeit** unserer Gedenkstätten und historischen
1490 Lernorte weiter professionalisieren und die Vernetzung voranbringen. Die da-
1491 für eingerichtete **Servicestelle bei der Bürgerstiftung** Schleswig-Holsteini-
1492 sche Gedenkstätten wollen wir ausbauen.
1493

1494
1495
1496
1497
1498
1499
1500
1501
1502
1503
1504
1505
1506
1507
1508
1509
1510
1511
1512
1513
1514
1515
1516
1517
1518
1519
1520
1521
1522
1523
1524
1525
1526
1527

1528 **Unsere Minderheitenpolitik: Kulturelle Vielfalt als Recht der** 1529 **Minderheit und Bereicherung der Mehrheit**

1530
 1531 Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) wurde 1948 als Partei der dänischen
 1532 Minderheit und der nationalen Friesen in Schleswig-Holstein gegründet. Der SSW ist
 1533 als Minderheitenpartei fest im Landesteil Schleswig und in den dort beheimateten
 1534 Minderheiten verankert – den Dänen und Friesen. Die kulturelle Vielfalt ist ein beson-
 1535 deres Pfund, mit dem Schleswig-Holstein wuchern kann. Das Nebeneinander von
 1536 dänischer, friesischer und deutscher Kultur sowie der Kultur der Sinti und Roma ist
 1537 ein Reichtum, den es für das ganze Land zu nutzen gilt. Dänen, Friesen sowie Sinti
 1538 und Roma leben hier seit Jahrhunderten, sind deutsche Staatsbürgerinnen und
 1539 Staatsbürger und haben dieselben Pflichten, aber auch Rechte, wie die Mehrheitsbe-
 1540 völkerung. Für uns als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen
 1541 hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in Schleswig-Holstein einen sehr hohen
 1542 Stellenwert.

1543
 1544 Die Minderheitenpolitik ist ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal unseres Lan-
 1545 des. Nirgendwo anders in Deutschland leben drei anerkannte Minderheiten. An weni-
 1546 gen Stellen in Europa werden vier Sprachen (Deutsch, Dänisch, Friesisch und Ro-
 1547 manes) und zwei Regionalsprachen (Niederdeutsch und Sønderjydsk) nebeneinan-
 1548 der gesprochen. Der SSW verkörpert dieses Miteinander auf Augenhöhe und die ge-
 1549 genseitige Bereicherung der Kulturen und Sprachen in unserem Land. Diese Vielfalt
 1550 gibt unserem Land nicht nur eine ganz besondere Lebensqualität, sie ist auch ein
 1551 Wirtschaftsfaktor, der allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern zu-
 1552 gutekommt.

1553
 1554 Es gab aber auch andere Zeiten. Das gute Zusammenleben ist über Jahrzehnte hart
 1555 erarbeitet und es hat auch Phasen gegeben, in denen nicht so achtsam damit umge-
 1556 gangen wurde. In den letzten Jahren haben wir dafür gesorgt, dass es wieder mit Le-
 1557 ben gefüllt wurde. Schleswig-Holstein hat wesentliche Fortschritte in der Minderhei-
 1558 tenpolitik erreicht – so wurden zum Beispiel die Gleichstellung der Zuschüsse für die
 1559 Schulen der dänischen Minderheit nicht nur per Gesetz beschlossen, sondern auch
 1560 in der Landesverfassung festgeschrieben. Dies gilt auch für den Friesisch-Unterricht
 1561 an öffentlichen Schulen. An diesen Erfolgen wollen wir festhalten und die Pflege un-
 1562 serer Sprachen und Kulturen beständig weiter entwickeln.

1563
 1564 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

1565 1566 1567 ***Unsere Minderheiten- und Regionalsprachen weiter stärken***

1568
 1569 *Der SSW hat in dieser Wahlperiode erreicht, dass unser Land erstmals eine offizielle*
 1570 *Sprachenpolitik bekommen hat, mit der Schleswig-Holstein sich aktiv zur Mehrspra-*
 1571 *chigkeit bekennt, diese gezielt fördert und auch sichtbar macht. Diese Mehrsprachig-*
 1572 *keit kommt allen zugute: Den Minderheiten, weil sie ihre Sprache lesen und nutzen*
 1573 *können. Der Mehrheitsbevölkerung, weil diese Vielfalt nicht nur eine kulturelle Berei-*
 1574 *cherung ist, sondern unserem Land auch ein unverwechselbares Profil verleiht, das*
 1575 *für Touristen und Unternehmen aus dem Ausland besonders interessant ist.*
 1576 *Im Unterschied zur dänischen Minderheit betreibt die friesische Minderheit keine ei-*
 1577 *genen Bildungseinrichtungen. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass*

1578 *das Land in den öffentlichen Einrichtungen den Erhalt der friesischen Sprache und*
 1579 *Kultur fördert.*

- 1580
- 1581 • Wir wollen, dass mehr **Schilder, Wegweiser und Informationstafeln** im Land
- 1582 zweisprachig sind – je nach Region in Deutsch/Dänisch, Deutsch/Friesisch o-
- 1583 der Deutsch/Niederdeutsch. Dies gilt insbesondere an öffentlich Gebäuden,
- 1584 Landesämtern, Denkmälern und öffentlich geförderten Gebäuden.
- 1585
- 1586 • Wir wollen, dass Minderheitensprachen in Zukunft auch **vor Gericht** genutzt
- 1587 werden können, ohne dass Kosten oder andere Nachteile für den Betroffenen
- 1588 entstehen.
- 1589
- 1590 • Wir wollen, dass das Land die Vorgaben der Europäischen Sprachencharta
- 1591 erfüllt und geeignete Maßnahmen ergreift, um die **Präsenz der dänischen**
- 1592 **und friesischen Sprache in den Medien** zu erhöhen. Dem öffentlich-rechtli-
- 1593 chen NDR kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.
- 1594
- 1595 • Wir wollen, dass die Minderheiten im **Rundfunkrat des NDR** vertreten sind.
- 1596
- 1597 • Wir wollen, dass das **Schulfach Friesisch** rechtlich anderen Sprachangebo-
- 1598 ten gleich gestellt und der **Friesisch-Unterricht** an den Schulen Nordfries-
- 1599 lands und auf Helgoland ausgeweitet wird. Unser Ziel ist, dass 2020 doppelt
- 1600 so viele Schülerinnen und Schüler Friesisch-Unterricht erhalten und doppelt
- 1601 so viele Friesisch-Stunden erteilt werden wie 2012. Auf Sylt, Föhr, dem nördli-
- 1602 chen nordfriesischen Festland und Helgoland soll Friesisch durchgehend, in
- 1603 allen Klassen unterrichtet werden.
- 1604
- 1605 • Wir wollen, dass das Land eine Institution zur Herstellung und Publikation von
- 1606 kostenlosem **Unterrichtsmaterial für den Friesisch-Unterricht** in Kindergär-
- 1607 ten, an Schulen und in der Erwachsenenbildung einrichtet.
- 1608
- 1609

Unsere Minderheiten unterstützen

1610

1611

1612 *Die finanzielle Unterstützung der Organisationen und Bildungseinrichtungen der Min-*
 1613 *derheiten ist Grundvoraussetzung für deren Existenz. In weiten Teilen ist uns die*
 1614 *Gleichstellung gelungen. Dies gilt es weiter zu verstetigen und vertraglich abzusi-*
 1615 *chern. Minderheitenpolitik ist aber nicht nur Gleichstellung und finanzielle Unterstüt-*
 1616 *zung. Es geht dabei auch um Anerkennung und Gleichberechtigung.*

- 1617
- 1618 • Wir wollen eine **Ziel- und Leistungsvereinbarung** des Landes mit dem däni-
- 1619 schen Kulturverband SSF.
- 1620
- 1621 • Wir wollen, dass die **Kommunen** ihren Beitrag zur Absicherung der finanziel-
- 1622 len **Gleichstellung der dänischen Kindergärten** leisten.
- 1623
- 1624 • Wir wollen, dass der Bund, das Land und die Kommunen sich weiterhin zu ih-
- 1625 rer Verantwortung für die **dänischen Kultureinrichtungen** bekennen und
- 1626 diese entsprechend finanziell unterstützen.
- 1627

- 1628 • Wir wollen eine **Ziel- und Leistungsvereinbarung** des Landes mit sämtlichen
1629 friesischen Verbänden.
1630
- 1631 • Wir wollen, dass die Landesregierung die **finanzielle Ausstattung** und damit
1632 die Arbeitssituation der friesischen Volksgruppe nachhaltig verbessert. Die
1633 Förderung der friesischen Sprache und Kultur, die heute mehrheitlich auf eh-
1634 renamtlicher Arbeit basiert, muss weiter professionalisiert werden.
1635
- 1636 • Wir wollen, dass eine „**Stiftung für das friesische Volk**“ unter Beteiligung des
1637 Landes und des Bundes eingerichtet wird, so wie sie es bereits seit Jahren für
1638 das sorbische Volk gibt.
1639
- 1640 • Wir wollen, dass die Kulturarbeit des **Landesverbandes der deutschen Sinti**
1641 **und Roma** vom Land weiter angemessen finanziert und unterstützt wird.
1642
- 1643 • Wir wollen, dass die **Grabstätten der in den Konzentrationslagern ermor-**
1644 **deten Sinti und Roma** gemeinsam mit dem Landesverband der deutschen
1645 Sinti und Roma katalogisiert werden und mit den Trägern der betroffenen
1646 Friedhöfe und dem Landesverband der deutschen Sinti und Roma eine Rege-
1647 lung für den dauerhaften Erhalt dieser Grabstätten gefunden wird.
1648
- 1649 • Wir wollen, dass das erfolgreiche Modell der **Mediatorinnen in den Schulen**,
1650 durch die die Kinder und Jugendlichen der Minderheit der Sinti und Roma in
1651 den Schulen begleitet werden, weitergeführt und **auch auf den Kindergarten-**
1652 **bereich ausgeweitet** wird.
1653
1654

Schleswig-Holstein als Minderheiten-Kompetenzzentrum und europäische Min- derheitenpolitik stärken

*Unser Land verfügt aufgrund seiner Geschichte und Gegenwart über einen ganz be-
sonderen Erfahrungsschatz. Seit der Volksabstimmung von 1920 liegt die deutsch-
dänische Grenze fest. Nach Jahrzehnten des Gegeneinanders sind die Menschen im
Norden heute darum bemüht, das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit po-
sitiv zu gestalten. Unsere Minderheitenpolitik findet europa- und weltweit Beachtung
und hat dazu geführt, dass renommierte Organisationen und eine Forschungseinrich-
tung zu Minderheitenfragen im deutsch-dänischen Grenzland beheimatet sind. Diese
Stärke muss noch besser genutzt werden.*

- 1667 • Wir wollen die besondere Minderheitenpolitik des Landes, auf die Schleswig-
1668 Holstein zu Recht stolz ist, für die **Profilierung unseres Landes** genutzt wird.
1669
- 1670 • Wir wollen, dass sich die Landesregierung in einer Bundesratsinitiative für die
1671 Aufnahme des Schutzes und der Förderung der Minderheiten in das deutsche
1672 Grundgesetz einsetzt.
1673
- 1674 • Wir wollen das **Kompetenzzentrum für Minderheitenfragen in Flensburg**
1675 sichtbar machen. Die Minderheitenunion FUEV, das Europäische Zentrum

1676 für Minderheitenfragen (ECMI) und die Organisationen der dänischen Minder-
1677 heit bilden ein Bündel, das einmalig ist. Dazu gehören unter anderem die För-
1678 derung des Projekts „Haus der Minderheiten“ und eine stärkere grenzüber-
1679 schreitende Vernetzung aller relevanten wissenschaftlichen Institutionen.
1680

- 1681 • Wir wollen die Vermittlung von **Wissen über Dänen, Friesen, Sinti und**
1682 **Roma** im regulären Schulunterricht ausweiten.
1683
- 1684 • Wir wollen uns für eine **EU-Minderheitenpolitik** stark machen, die Anerken-
1685 nung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig
1686 sichert. Die Zuständigkeit für Minderheiten muss auf den Entscheidungsebe-
1687 nen der EU fest verankert werden.
1688
- 1689 • Druck und Gewalt lösen keine Minderheitenkonflikte; es geht nur mit Ver-
1690 ständnis und einem tiefen Sinn für ein Miteinander. Wir wollen, dass Deutsch-
1691 land und Dänemark **im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen** von
1692 1955 diese Werte und Überzeugungen sowohl im Europarat, in der OSZE als
1693 auch in den Institutionen der EU als gemeinsame Grundsätze vertreten.
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700
1701
1702
1703
1704
1705
1706
1707
1708
1709
1710
1711
1712
1713
1714
1715
1716
1717
1718
1719
1720
1721
1722
1723
1724
1725
1726
1727

1728 **Unsere Innen- und Rechtspolitik: Sachlich und bürgerorientiert**

1729

1730

1731

1732 Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, bei der die Bürgerinnen und Bürger
 1733 und deren Rechte im Mittelpunkt stehen. Terrorismus, Einbruchskriminalität und
 1734 andre Formen von strafbaren Handeln müssen konsequent vorgebeugt und wir-
 1735 kungsvoll bekämpft, verfolgt und bestraft werden. Wir wollen dafür die besten Instru-
 1736 mente. Das sind aber häufig nicht die einfachen Lösungen, die am lautesten und här-
 1737 testen daher kommen. Sicherheit findet da ihre Grenzen, wo zweifelhafte Verschär-
 1738 fungen, Überwachung und Strafe nichts bringen und die Falschen treffen. Das Privat-
 1739 eben der Menschen und ihre Daten gehen im Regelfall weder Behörden noch Unter-
 1740 nehmen etwas an.

1741

1742 Schleswig-Holstein ist in dieser Hinsicht nicht schlecht aufgestellt. Wir haben gute
 1743 Rahmenbedingungen, um die Aufgaben in Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Straf-
 1744 vollzug und Datenschutz wahrzunehmen. Durch die aktuellen Entwicklungen der letz-
 1745 ten Jahre in den Bereichen Kriminalität, Digitalisierung und Zuwanderung sind aber
 1746 mehr Arbeit und neue Aufgabenfelder hinzu gekommen, die nicht einfach nebenher
 1747 mit erledigt werden können. Deshalb müssen die Landesbehörden das erforderliche
 1748 Personal und die notwendige Ausrüstung bekommen. Wir haben deshalb die Stellen
 1749 bei Polizei, Justiz und Justizvollzug aufgestockt und werden weiterhin dafür sorgen,
 1750 dass diese Aufgaben professionell erledigt werden.

1751

1752

1753 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

1754

1755

1756 ***Sicherheit geben***

1757

1758 *Voraussetzung dafür, dass die Menschen sich in unserem Land sicher fühlen kön-*
 1759 *nen, ist dass die Polizei dafür sorgt, dass die Gesetze eingehalten werden und jene*
 1760 *verfolgt, die sich nicht daran halten. Hier trägt das Land mit seiner Landespolizei eine*
 1761 *große Verantwortung.*

1762

- 1763 • Wir wollen eine moderne und gut ausgerüstete **Landespolizei**. Der **Stellen-**
 1764 **aufbau** muss konsequent weitergeführt werden. Dazu gehört auch eine gute
 1765 Entlohnung der Polizistinnen und Polizisten, damit wir junge Leute für diesen
 1766 wichtigen Dienst gewinnen können.
- 1767 • Wir wollen keine **Verschärfung der rechtlichen Grundlagen für die Landes-**
 1768 **polizei**, die wenig bringen, aber staatliche Überwachung unbescholtener Bür-
 1769 ger weiter ausweiten. Aus diesem Grund lehnt der SSW unverhältnismäßige
 1770 Instrumente wie Rasterfahndung, elektronische Kennzeichenerfassung oder
 1771 die anlasslose Speicherung aller Telefon- und Kommunikationsdaten ab.
- 1772 • Wir wollen, dass **Verschärfungen von Sicherheitsgesetzen** im Land wie im
 1773 Bund regelmäßig überprüft und mit wissenschaftlicher Unterstützung evaluiert
 1774 werden. Nur was wirklich hilft, sollte dauerhaft bleiben.

1775

1776

1777

1778 • Wir wollen, dass die mehr als 200.000 **Schusswaffen** im Land und deren sichere Verwahrung durch die Behörden engmaschig kontrolliert werden.

1779
1780
1781 • Vor dem Hintergrund von Auswüchsen von Hass, Vorurteilen und Intoleranz, nicht zuletzt in den sozialen Medien, wollen wir, dass die **Verfolgung von Straftaten im Internet** neu geregelt wird. Die Menschenwürde der Betroffenen und der öffentliche Frieden müssen geschützt werden.

1782
1783
1784
1785
1786
1787 **Einen starken Rechtsstaat erhalten**

1788
1789 *Wir werden uns weiter für die Modernisierung unseres Rechtsstaates stark machen. Maßstab unserer Politik ist die Sicherung von Freiheit und Selbstbestimmung und der Schutz der Schwächeren durch das Recht und die Rechtspolitik. Die Justiz muss daher personell und sachlich so ausgestattet sein, dass sie überall Recht und Gesetz durchsetzen kann.*

1790
1791
1792
1793
1794
1795 • Wir wollen den **Täter-Opfer-Ausgleich** weiter ausbauen, um den Opferschutz zu verbessern. Täter-Opfer-Ausgleich als Wiedergutmachung und Wiederherstellung von positiven sozialen Beziehungen ist mit dem Inkrafttreten des neuen Landesstrafvollzugsgesetzes auch Teil des Behandlungsvollzuges in Schleswig-Holstein.

1796
1797
1798
1799
1800
1801 • Wir wollen das **Vorrangige Jugendverfahren** in allen Landgerichtsbezirken weiterentwickeln und dabei auch den Täter-Opfer-Ausgleich als ambulante Sanktion weiter stärken. Wir wollen ein Konzept für ambulante Sanktionsalternativen für besondere Gruppen von jungen Straftätern entwickeln und erproben.

1802
1803
1804
1805
1806
1807 • Wir wollen eine **Modernisierung des Strafrechts** um damit neue Straftatbestände– wie Doping im Sport, Internetkriminalität, Korruption im Gesundheitswesen oder die Entwicklung eines eigenen Unternehmensstrafrechts - abzudecken. Rein politisch motivierte Strafrechtsverschärfungen lehnen wir ab.

1808
1809
1810
1811
1812 • Wir wollen ein **Sexualstrafrecht** nach der Devise „Nein heißt Nein“. Wir fordern, dass die Bundesrepublik entsprechend die Istanbul Konvention ratifiziert und die dort formulierten Standards umsetzt.

1813
1814
1815
1816 • Wir wollen einen **Handlungsplan für den Umgang mit sexueller Gewalt und Sexualstraftaten**, der vorhandene und neue Maßnahmen im Bereich der Sexualprävention und des Opferschutzes besser verzahnt und transparenter gestaltet. Dazu gehören unter anderem auch die Wegweisung als Maßnahme gegen häusliche Gewalt, die psychosoziale Prozessbegleitung, die anonyme Spurensicherung und die Opferentschädigung.

1817
1818
1819
1820
1821
1822
1823 • Wir wollen eine eng eingegrenzte Ermöglichung von **Ton- und Filmaufnahmen in unseren Gerichten**. Wir setzen uns dafür ein, dass die Diskussion zwischen Justiz und Medien weitergeführt wird, weil beide Seiten von Transparenz profitieren.

1824
1825
1826
1827

- 1828
- 1829
- 1830
- 1831
- 1832
- 1833
- 1834
- 1835
- 1836
- 1837
- 1838
- 1839
- 1840
- 1841
- 1842
- 1843
- 1844
- 1845
- 1846
- 1847
- 1848
- 1849
- 1850
- 1851
- 1852
- 1853
- 1854
- 1855
- 1856
- 1857
- 1858
- 1859
- 1860
- 1861
- 1862
- 1863
- 1864
- 1865
- 1866
- 1867
- 1868
- 1869
- 1870
- 1871
- 1872
- 1873
- 1874
- 1875
- 1876
- 1877
- 1878
- Wir wollen ein „**Mehr an Spezialisierung**“ in den **Behörden der Justiz**, um den Zivilprozess modern, attraktiv und effektiv zu gestalten. Zum einen wird die Lebenswirklichkeit zunehmend komplexer und zum anderen hat die Anwaltschaft darauf durch eine weitreichende Spezialisierung reagiert. Wir werden uns dieser Debatte verstärkt stellen. Bei einer bundesgesetzlichen Regelung wird sich der SSW für definierte Länderöffnungsklauseln stark machen.
 - Wir wollen keine **Konzentration von Zuständigkeiten** und stehen zu unseren bewährten Gerichtsstrukturen.
 - Wir wollen die **Digitalisierung der Justiz** – eJustiz und eGovernment - weiter voranbringen und eine umfängliche Einführung des sogenannten „Landesstandards + 1“ in den Staatsanwaltschaften und Gerichten sicherstellen. Dies stellt in der nächsten Legislaturperiode die größte organisatorische Herausforderung der Justiz in Schleswig-Holstein dar und muss in enger Abstimmung mit den Gerichten, Staatsanwaltschaften, Gewerkschaften, Verbänden und Mitbestimmungsgremien weiter umgesetzt werden.
 - Wir wollen das neue „**Schleswig-Holstein Modell**“ im **Betreuungswesen**, die Betreuung aus einer Hand, weiterentwickeln und stärken. Die Koordination von Berufsbetreuung und ehrenamtlicher Betreuung sowie die Ausbildung von Vorsorgelotsen sind ein echter Gewinn für alle Beteiligten.
 - Wir wollen uns weiter auf Bundesebene für eine **Neuformulierung der Tötungsdelikte im Strafgesetzbuch** aussprechen. Eine Bundesratsinitiative der SSW-Justizministerin Anke Spoorendonk hat maßgeblich dazu beigetragen, dass im Bund nun endlich die Mordparagrafen von 1941 reformiert werden sollen, deren Sprache noch auf das Täterbild von Nazi-Juristen zurückgehen.
 - Wir wollen, dass sich die Justiz in Schleswig-Holstein auch weiterhin der Verantwortung stellt, die **Geschichte der schleswig-holsteinischen Justiz in der Nazizeit** und in der Zeit nach 1945 aufzuarbeiten.
 - Wir wollen, dass sich die Justiz in Schleswig-Holstein der Diskussion stellt, wie das Wissen um die Bedeutung der Rechtstaatlichkeit und den Aufbau unseres Rechtsstaates in der Gesellschaft gestärkt werden kann. Dazu wollen wir ein Konzept zur „Bürgernahen Justiz“ entwickeln.

Effektiven Justizvollzug fördern

Der SSW unterstützt einen modernen Strafvollzug, der die Verhinderung neuer Kriminalität in den Fokus rückt. Deshalb müssen die Untersuchungshaft und auch der Strafvollzug so gestaltet sein, dass Inhaftierte die Möglichkeit haben, Probleme zu bewältigen, sich persönlich zu ändern und Kontakte zu ihrem sozialen Umfeld zu erhalten.

- Wir wollen auf Grundlage des neuen Landesstrafvollzugsgesetzes den Strafvollzug in Schleswig-Holstein im Sinne eines **Behandlungsvollzugs** weiter modernisieren. Er muss auf einem wissenschaftlich fundierten Diagnoseverfahren basieren. Dazu gehören auch der Ausbau der sozialtherapeutischen

1879 Behandlung bei schweren Sexual- und Gewaltstraftaten und die Verbesserung
 1880 der Versorgungssituation für psychisch erkrankte Gefangene.

- 1881
- 1882 • Wir wollen die **Familienorientierung des Strafvollzugs** weiterentwickeln, um
 1883 den Erhalt der familiären Beziehungen von Gefangenen zu fördern. Dazu ge-
 1884 hört insbesondere eine verstärkte Beratung, damit Gefangene ihre Rolle als
 1885 Eltern und in der Partnerschaft verantwortlich wahrnehmen können.
- 1886
- 1887 • Wir wollen die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Gefangenen mit ei-
 1888 nem neuen **Resozialisierungsgesetz**, das auf das neue Strafvollzugsgesetz
 1889 abgestimmt ist, weiter voranbringen.
- 1890
- 1891 • Wir wollen die Strafvollzugsanstalten weiter **baulich modernisieren** wie zum
 1892 Beispiel in Neumünster, Lübeck und Kiel. Wir wollen außerdem die Justizvoll-
 1893 zugsanstalt Flensburg erhalten, weil sonst Streifenbeamte aus dem Norden
 1894 des Landes Verdächtige künftig ganz nach Neumünster fahren müssten.
- 1895
- 1896 • Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die **Personalsituation** in unse-
 1897 ren Strafvollzugsanstalten weiter verbessern.
- 1898
- 1899 • Wir wollen den Prozess des **Betrieblichen Gesundheitsmanagements im**
 1900 **Justizvollzug** weiterführen, weil wir nur so die Krankenstände unter den Be-
 1901 diensteten reduzieren und die Arbeitszufriedenheit steigern können.
- 1902
- 1903 • Wir wollen die arbeitsteilige **Kooperation mit Hamburg** im Bereich des Straf-
 1904 vollzugs weiter voranbringen. Ziel ist es einen Staatsvertrag abzuschließen.

1905

1906

1907 **Privates schützen**

1908

1909 *Jede und jeder Einzelne muss selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner Da-*
 1910 *ten bestimmen können. Deshalb muss der Umgang öffentlicher und privater Stellen*
 1911 *mit personenbezogene Daten rechtlich streng reguliert und abgesichert sein. Alle, die*
 1912 *Daten verarbeiten, sollen die Grundsätze und Verfahren ihrer Datenverarbeitung of-*
 1913 *fen legen müssen, damit die Menschen möglichst eigenverantwortlich ihre persönli-*
 1914 *chen Daten schützen können.*

- 1915
- 1916 • Wir wollen, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Bürgerdaten im
 1917 Rahmen öffentlicher Aufgaben **in öffentlicher Hand** bleibt. Eine Privatisierung
 1918 lehnen wir ab.
- 1919
- 1920 • Wir wollen, dass das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** ins
 1921 Grundgesetz aufgenommen wird.

1922

1923

1924 **Gleichstellung und Antidiskriminierung gewährleisten**

1925

1926 *Die Gleichstellung und Gleichbehandlung der Geschlechter unabhängig von ihrer se-*
 1927 *xuellen Orientierung, aber auch von Menschen mit Behinderung ist für den SSW ein*
 1928 *Grundprinzip unseres Zusammenlebens. Wir wollen die bestehenden strukturellen*
 1929 *Benachteiligungen von Frauen und Mädchen weiter abbauen. Nicht nur der Vergleich*

1930 mit Skandinavien zeigt, dass Frauen und Männer in Schleswig-Holstein insbesondere bei der Frage des gleichen Lohns für gleiche Arbeit und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch längst nicht gleichgestellt sind.

- 1933
- 1934 • Wir wollen das **Landesgleichstellungsgesetz** novellieren. Hier müssen nicht nur verbesserte Rahmenbedingungen für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten festgeschrieben, sondern auch klare Regelungen zur Erhöhung des Frauenanteils - u.a. in kommunalen Aufsichtsräten - getroffen werden.
- 1935
- 1936
- 1937
- 1938
- 1939 • Wir wollen eine Bestimmung in den Hauptsatzungen der Gemeinden, die regelt, dass die Gleichstellungsbeauftragte in Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig ist und an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen kann. Ihr ist in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs auf Wunsch das Wort zu erteilen.
- 1940
- 1941
- 1942
- 1943
- 1944
- 1945 • Im öffentlichen Dienst muss überall das Prinzip des **Gender Mainstreamings** vorgelebt werden. Die öffentlichen Verwaltungen haben hier eine Vorbildfunktion, die sie dringend wahrnehmen müssen.
- 1946
- 1947
- 1948
- 1949 • Wir wollen, dass in öffentlichen Haushalten die **geschlechtergerechte Haushaltsführung** praktiziert wird.
- 1950
- 1951
- 1952 • Wir wollen, dass **in allen Politikbereichen** konsequent die Gleichstellung der Geschlechter angestrebt wird. Dazu gehören die Erfüllung von ausgewogenen Geschlechterquoten, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, flexible Arbeitszeitmodelle für Männer und Frauen, verlässliche Kinderbetreuung für alle Altersgruppen und Bedingungen in Ausbildung und Studium, die es jungen Frauen und Männern ermöglichen, eine Familie zu gründen.
- 1953
- 1954
- 1955
- 1956
- 1957
- 1958
- 1959
- 1960
- 1961
- 1962
- 1963
- 1964
- 1965
- 1966
- 1967
- 1968
- 1969
- 1970
- 1971
- 1972
- 1973
- 1974
- 1975
- 1976
- 1977
- 1978
- 1979
- 1980
- 1981
- 1982

Unser Staat: Handlungsfähig und bürgernah

1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033

Der SSW steht für einen modernen leistungsfähigen Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern die Dienstleistungen und Hilfen anbietet, die sie von der Gemeinschaft für das tägliche Leben benötigen. Das Schlüsselwort ist Daseinsvorsorge. Zentrale Aufgaben, wie die Wasserversorgung, Straßen oder Stromleitungen gehören in die öffentliche Hand. Privatisierung der basalen öffentlichen Leistungen lehnen wir ab.

Voraussetzung dafür, dass Land und Kommunen ihre Aufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wahrnehmen können ist, dass sie genügend finanzielle Mittel und Handlungsspielraum haben. Bei der Konsolidierung des Landeshaushalts sind wir auf einem guten Weg. Ab 2020 wird das Land netto nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Das ist ein Riesenschritt, dem ein weiterer folgen muss: Der bestehende Schuldenberg muss über einen längeren Zeitraum nachhaltig abgebaut werden, um zukünftige Generationen nicht zu belasten.

Bedingung für einen bürgerfreundlichen Staat ist natürlich auch, dass die Substanz gesund ist. Dieses ist bei den vielen Kleinstgemeinden heute leider häufig nicht gegeben. Der SSW setzt sich deshalb dafür ein, größere Gemeinden zu bilden, ohne dass dadurch die örtlichen Identitäten aufgegeben werden müssen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Landesfinanzen nachhaltig sanieren

Mit der Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Landesverfassung hat der Landtag mit breiter Mehrheit – auch mit den Stimmen des SSW – beschlossen, den jährlichen Fehlbetrag im Haushalt bis 2020 auf null zu reduzieren. Erst danach wird es möglich sein, die bis dahin aufgelaufenen Schulden von rund 27 Milliarden Euro abzubauen. Damit dieses überhaupt gelingen kann, müssen wir sowohl die Einnahmen des Landes erhöhen als auch die Ausgaben reduzieren.

- Wir wollen den **Abbau der Neuverschuldung** weiter voranbringen, so dass die Schuldenbremse erfüllt wird.
- Wir wollen, dass die **Erbschaftssteuer** für hohe Einkommen erhöht wird. In den kommenden Jahren werden Milliarden von einer Generation an die nächste gehen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Erbschaftssteuerreform im Bundestag und im Bundesrat nachverhandelt wird.
- Schleswig-Holstein hat durch die **HSH-Nordbank** Milliardenverluste erlitten und musste die Bank mit Steuergeldern vor dem Ruin retten. In der Vergangenheit sind Fehler gemacht worden, welche die Situation der Bank zusätzlich erschwert haben. Es ist nicht Aufgabe des Landes, eine am internationalen Finanzmarkt agierende Bank zu betreiben. Daher soll es das Ziel sein, dass die Anteile des Landes an der HSH-Nordbank spätestens Ende des Jahres 2018 zu verkaufen. Wir wollen, dass das Parlament weiterhin frühzeitig über die Entscheidungsprozesse informiert und mit eingebunden wird.

- 2034 • Wir wollen, dass das Land nur **Beteiligungen** hält, die für die Aufgabenerfü-
 2035 lung unbedingt notwendig sind. Eventuelle Einnahmen aus dem Verkauf von
 2036 Anteilen sollen zur Verringerung der Neuverschuldung eingesetzt werden.
 2037
- 2038 • Wir wollen, dass Schleswig-Holstein die Diskussion auf Bundesebene um ei-
 2039 nen **Altschuldentilgungsfonds** wieder aufnimmt. Nur mit einem gemeinsa-
 2040 men Plan zur Schuldentilgung können die öffentlichen Schulden in Deutsch-
 2041 land zügig und zielsicher beseitigt werden. Der Altschuldentilgungsfonds, sollte
 2042 vornehmlich aus zukünftigen neuen Steuereinnahmen gespeist werden.
 2043
 2044

Die Kommunen vor Ort wieder handlungsfähig machen

2046
 2047 *Der SSW setzt sich für ein bürgernahes Schleswig-Holstein ein. Dazu gehört eine*
 2048 *Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Ein Großteil der knapp 1100 Gemein-*
 2049 *den im Land ist nur vermeintlich nah am Bürger. Denn sie sind so klein, dass sie*
 2050 *kaum finanziellen Spielraum haben, um wichtige politische Entscheidungen für das*
 2051 *Leben vor Ort zu treffen. Die Aufgaben werden an Ämter delegiert, deren Vertretun-*
 2052 *gen nicht direkt durch Wahlen legitimiert sind. Deshalb sollte eine zukunftsfähige Ge-*
 2053 *meinde aus unserer Sicht eine Mindestgröße haben, um wirklich im Sinne der Bürger*
 2054 *handlungsfähig zu sein.*
 2055

- 2056 • Wir wollen eine **Gemeindegebiets- und Strukturreform**, bei der die Ebene
 2057 der Ämter abgeschafft wird und Gemeinden von mindestens 8.000 Einwohnern
 2058 entstehen. Das stärkt die bürgernahe Demokratie in den Gemeinden und redu-
 2059 ziert zudem die Zahl der Verwaltungsebenen in Schleswig-Holstein von vier auf
 2060 drei.
 2061
- 2062 • Wir wollen eine **Verwaltungsstrukturreform**, die die Haushalte des Landes
 2063 und der Kommunen entlastet, Verwaltungsabläufe vereinfacht und so viel Leis-
 2064 tungen wie möglich nah am Bürger erbringt. Damit die Gemeindeebene neue
 2065 Aufgaben übernehmen kann, sind größere Gemeinden unumgänglich.
 2066
- 2067 • Wir wollen, dass der **Kommunale Finanzausgleich** den dann neu entstehen-
 2068 den Rahmenbedingungen angepasst wird. Wir wollen uns dafür einsetzen,
 2069 dass die jährliche Steigerung des Vorwegabzugs für beispielsweise Theater o-
 2070 der Bibliotheken in Höhe von 1,5 % fortgeführt wird.
 2071
 2072

Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden

2073
 2074
 2075 *Der SSW steht für ein Land, in dem die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegen-*
 2076 *den Leistungen in öffentlicher Hand bleiben muss. Die Grundversorgung mit Strom,*
 2077 *Wasser, Wohnraum, Öffentlichen Nahverkehr oder die Abfallentsorgung sind Auf-*
 2078 *gaben, die nicht an private, marktwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen ohne*
 2079 *staatliche Kontrolle und Einflussmöglichkeiten abgegeben werden dürfen. Zur Da-*
 2080 *seinsvorsorge gehören auch Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, die die*
 2081 *Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sichern und wichtige Partner von Wirt-*
 2082 *schaft, Gesellschaft und Politik der Region sind.*
 2083

- 2084 • Wir wollen dafür sorgen, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge **nicht weiter pri-**
 2085 **vatisiert** werden.
 2086
- 2087 • Wir wollen, dass die noch vorhandenen **Krankenhäuser der Kreise** in öffentli-
 2088 cher Hand bleiben, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu si-
 2089 chern.
 2090
- 2091 • Wir wollen, dass die **Energieversorgung**, dort wo es möglich ist, in öffentliche
 2092 Hände zurückgenommen wird.
 2093
- 2094 • Wir wollen die **öffentlich-rechtliche Sparkassenstruktur** erhalten. Eine Priva-
 2095 tisierung des Sparkassenwesens, ist für uns nicht akzeptabel.
 2096
 2097

Den Staat ins digitale Zeitalter führen

2098
 2099
 2100 *Deutschland hinkt weit hinterher, wenn es darum geht, die Potenziale der Digitalisie-*
 2101 *rung für einen modernen Staat und vor allem was die Nutzung der Technologie im*
 2102 *Kontakt zu den Bürgern geht. Dies liegt zum einen daran, dass bei uns Datenschutz*
 2103 *höher gewertet wird, als in anderen Ländern. Lange ist aber auch gezögert worden.*
 2104 *Wir haben dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein 2016 eine E-Government-Strate-*
 2105 *gie und eine Digitale Agenda bekommen hat. Damit ist die Grundlage für echte Fort-*
 2106 *schritte gelegt worden.*
 2107

- 2108 • Wir wollen, dass das Land und die Kommunen jetzt alle Möglichkeiten aus-
 2109 schöpfen, damit die Bürgerinnen und Bürger **Behördengänge im Internet** er-
 2110 ledigen und dort öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.
 2111
- 2112 • Wir wollen nicht, dass der **persönliche Gang zur Behörde und die persönli-**
 2113 **che Beratung** durch die Digitalisierung wegfallen. Sie müssen weiterhin und
 2114 auf längere Zeit noch jenen zur Verfügung stehen, die aus dem einen oder an-
 2115 deren Grund die neuen digitalen Möglichkeiten nicht nutzen können.
 2116
 2117

Nordstaat verhindern

2118
 2119
 2120 *Nichts ist natürlicher, als mit den anderen norddeutschen Bundesländern zu koope-*
 2121 *rieren, dort wo wir gemeinsame Interessen und Aufgaben haben. Insbesondere*
 2122 *Hamburg ist eng mit unserem Land verwoben und bietet Arbeitsplätze für viele Men-*
 2123 *schen uns unserem Land. Wir wollen die Potenziale dieser Zusammenarbeit aus-*
 2124 *schöpfen, wo es den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern dient.*
 2125 *Aber wir wollen auch - im Gegensatz zu anderen politischen Kräften - an der Eigen-*
 2126 *ständigkeit unseres Landes festhalten.*
 2127

- 2128 • Wir wollen die Möglichkeiten der **Zusammenarbeit mit Hamburg und ande-**
 2129 **ren norddeutschen Bundesländern ausschöpfen.** Bereiche, in denen noch
 2130 Potenziale bestehen, sind unter anderem die Landesplanung, die Wirtschaftsför-
 2131 derung und der Verkehr. Neben Einsparungspotenzialen geht es da vor al-
 2132 lem darum, wirtschaftspolitische Potenziale zu nutzen und den Menschen im
 2133 Hamburger Rand das Leben zu erleichtern.
 2134

- 2135 • Wir wollen **keinen „Nordstaat“**, also die Fusion Schleswig-Holsteins mit Ham-
 2136 burg oder mehreren norddeutschen Bundesländern. Die Idee eines Nordstaats
 2137 ist unhistorisch und bürgerfern. Der mögliche Nutzen einer solchen Länderfu-
 2138 sion steht in keinem Verhältnis zu den Kosten und Nachteilen. Mit dem SSW
 2139 wird es keine Vorbereitung der Zusammenlegung Schleswig-Holsteins mit an-
 2140 deren Ländern geben.

2141
 2142

2143 **Bürgern zuhören**

2144

2145 *Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Men-*
 2146 *schen sich gern in die Meinungsbildung einbringen.*

2147

- 2148 • Wir wollen, dass **Bürgerbegehren und Volksabstimmungen** auch auf Bun-
 2149 desebene möglich sind.

2150

- 2151 • Wir wollen, dass in Zukunft mehr Schriftstücke des Landes in „**leichter Spra-**
 2152 **che**“ zur Verfügung gestellt werden. Zu einer transparenten Demokratie gehört
 2153 auch, dass Menschen durchschauen können, welche Rechte und Pflichten sie
 2154 haben.

2155

2156 **Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen**

2157

2158 *Der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein sieht sich bereits jetzt einem stärkeren*
 2159 *Wettbewerb um gutes und gut ausgebildetes Personal ausgesetzt; nicht nur mit der*
 2160 *Privatwirtschaft sondern auch mit der Bundesverwaltung und anderen angrenzenden*
 2161 *Bundesländern. Wir haben dafür gesorgt, dass mit dem Landesbeamtenmodernisie-*
 2162 *rungsgesetz bereits erste wichtige Schritte zur Attraktivitätssteigerung im öffentli-*
 2163 *chen Dienst erfolgt sind. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.*

2164

- 2165 • Wir wollen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit zur besseren **Verein-**
 2166 **barkeit von Familie und Beruf** umsetzen, die sich an den Bedürfnissen der
 2167 unterschiedlichen Lebensphasen orientiert

2168

- 2169 • Wir wollen dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst gerade **auch für Berufs-**
 2170 **einsteiger attraktiv** bleibt

2171

- 2172 • Wir wollen eine **höhere Durchlässigkeit** zwischen den Laufbahngruppen um-
 2173 setzen.

2174

- 2175 • Wir wollen weitere **Verbesserung der Gesundheitsprävention**

2176

- 2177 • Wir wollen, dass die Kommunen im Sinne der Beschäftigten eine größere **Fle-**
 2178 **xibilität im Personalmanagement** erhalten

2179

2180

2181

2182

2183 **Unsere Außenpolitik: Schleswig-Holstein als Teil des euro-** 2184 **päischen Nordens**

2185
 2186
 2187 Angesichts der Flüchtlingssituation, des „Brexit“ und der nach wie vor nicht überwun-
 2188 derten Finanz- und Wirtschaftskrise steht die Europäische Union weiterhin vor gro-
 2189 ßen Herausforderungen. Der SSW will keinen gesamteuropäischen Staat mit einer
 2190 europäischen Zentralregierung, sondern eine kooperierende EU, in der nationalstaat-
 2191 liche und regionale Besonderheiten ebenso angemessen und gleichberechtigt Be-
 2192 rücksichtigung finden wie soziale Belange und mehr Transparenz. Dafür muss sich
 2193 Schleswig-Holstein im Rahmen seiner Möglichkeiten, unter anderem im Ausschuss
 2194 der Regionen weiter einsetzen.

2195
 2196 Für den SSW steht fest, dass wir wieder stärker ins Bewusstsein rücken müssen,
 2197 was die Europäische Gemeinschaft bis heute geschaffen hat und was wir bei leicht-
 2198 fertiger Herabwürdigung dieser Errungenschaften wieder verlieren könnten. Ohne
 2199 Freizügigkeit für Reisen, Warenverkehr, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wäre
 2200 unser Land heute wesentlich ärmer dran. Ohne offene Binnengrenzen in Europa ver-
 2201 löre Schleswig-Holstein schnell seine Rolle als „Drehscheibe des Nordens“. Ohne die
 2202 Strukturfonds der EU könnten wir die Förderung aus unseren Landesprogrammen
 2203 „Wirtschaft“, „ländlicher Raum“ und „Arbeit“ nicht zur Umsetzung unserer politischen
 2204 Ziele einsetzen. Ohne INTERREG-Programme der EU gäbe es für Schleswig-Hol-
 2205 stein nicht die Möglichkeit der strategisch ausgerichteten grenzüberschreitenden Zu-
 2206 sammenarbeit. Schleswig-Holstein profitiert ganz enorm von der EU.

2207
 2208 Deshalb ist unsere EU- und „Außenpolitik“ entsprechend auf die konkrete Entwick-
 2209 lung in Schleswig-Holstein und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Ost-
 2210 seeraum ausgerichtet. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein noch stärker Teil des eu-
 2211 ropäischen Nordens wird. In dieser Beziehung sind nicht zuletzt durch die Kontakte
 2212 und Bemühungen der SSW-Ministerin Anke Spoorendonk neue Verbindungen ge-
 2213 knüpft worden, die jetzt vertieft und in weitere konkrete Zusammenarbeit umgemünzt
 2214 werden müssen.

2215
 2216 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

2217
 2218
 2219 **Von der Europäischen Union profitieren**

2220
 2221 *In der Europapolitik in Schleswig-Holstein spielt die EU vor allem als Regelgeberin*
 2222 *und Geldgeberin für Vorhaben und Projekte im Land eine maßgebliche Rolle. Des-*
 2223 *halb wollen wir die Politik des Landes darauf fokussieren, was für die Menschen im*
 2224 *Land und den Standort Schleswig-Holstein von realer Bedeutung ist.*

- 2225
 2226 • Wir wollen, dass unser EU-Büro in Brüssel und die Ministerien in Zusammenar-
 2227 beit mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein noch stärker darauf ausgerich-
 2228 tet werden, **professionelle Projekt-Akquise** zu betreiben und sich strategisch
 2229 auf relevante EU-Programme auszurichten.
- 2230
 2231 • Wir wollen die **Anschubfinanzierung** von EU-Projekten wieder einführen und
 2232 werden prüfen, wie wir die Teilnahme der Wirtschaft an EU-Projekten weiter
 2233 stärken können.

- 2234
2235
2236
2237
2238
2239
2240
2241
2242
2243
2244
2245
2246
2247
- Wir wollen, dass das Land sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine **sozialere EU** einsetzt. Bei der Liberalisierung der Märkte und des Arbeitsmarktes müssen die Arbeitnehmerrechte unbedingt gesichert werden. Innereuropäisches Lohndumping muss eingedämmt werden.
 - Neu hinzu gekommene und alte Mitgliedsstaaten der EU müssen stabile Institutionen zur Wahrung der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung haben sowie die Menschen- und Minderheitenrechte achten. Dies gilt auch für potenzielle Beitrittskandidaten. Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass es zur **Einhaltung der „Kopenhagener Kriterien“** von 1993 ein Überwachungsverfahren oder ein politisches Monitoring gibt.

Gute Nachbarschaft mit den nordischen Ländern vertiefen

2248
2249
2250
2251
2252
2253
2254
2255
2256
2257

In der deutsch-dänischen Zusammenarbeit hat Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren mit Anke Spoorendonk als Europaministerin so viel erreicht, wie nie zuvor. Weniger Sonntagsreden, mehr konkrete Ergebnisse im Großen wie im Kleinen, ist unsere Devise. Das Verhältnis zur dänischen Regierung ist so gut wie nie zuvor und Schleswig-Holstein wird auch zunehmend von den anderen nordischen Ländern wahrgenommen. Das stärkt nicht nur die kulturelle Verbindung, sondern eröffnet längerfristig auch ganz neue wirtschaftliche und politische Chancen.

- 2258
2259
2260
2261
2262
2263
2264
2265
2266
2267
2268
2269
2270
2271
2272
2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
2281
2282
2283
- Wir wollen eine ständige **Schleswig-Holstein-Vertretung in Dänemark** einrichten. Sie soll einen engen Kontakt zur dänischen Regierung, zum Rat der nordischen Länder und zu anderen wichtigen Akteuren halten. Aufgabe ist es, zur Ansiedlung von Unternehmen zu beraten und Marketing für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein als Brücke zum deutschen Markt zu betreiben.
 - Wir wollen in Zusammenarbeit mit den regionalen dänischen Behörden und schleswig-holsteinischen Kommunen eine **gemeinsame regionale Wirtschaftsentwicklungsstrategie** für die Grenzregion und die Regionalplanung grenzüberschreitend aufstellen. So können wir gemeinsame Probleme wie den Fachkräftemangel besser lösen.
 - Wir wollen innerhalb gemeinsamer wirtschaftlicher Stärkenpositionen gemeinsame **Wirtschaftsentwicklungs-Agenturen** („Cluster-Managements“) etablieren. Nach dem Vorbild im Bereich Energie sollte es so etwas auch für die Ernährungs-, Gesundheits- und Maritime Wirtschaft geben.
 - Wir wollen einen deutsch-dänischen **Hochschulverbund** etablieren, der gemeinsame Studiengänge und Forschung an den Hochschulen beiderseits der Grenze anbietet. Wir wollen ein attraktives Studieren ohne Grenzen fördern und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft stärken.
 - Wir wollen den **„Jütlandkorridor“** von Hamburg bis Skagen durch politische Vereinbarungen und infrastrukturelle Maßnahmen stärken.

- 2284 • Wir wollen, dass Schleswig-Holstein und Dänemark **gemeinsame Infrastruktu-**
2285 **ren** planen, bedarfsorientiert ausbauen und unterhalten. Dabei wird der Auf- und
2286 Ausbau leistungsfähiger grenzüberschreitender Verkehrsinfrastrukturen auf bei-
2287 den Entwicklungsachsen – der Jütlandroute wie der Fehmarnbelt-Achse - bei-
2288 den deutsch-dänischen Grenzregionen einen Wachstumsschub geben.
2289
- 2290 • Wir wollen den **Flughafen Sønderborg** als regionalen Flughafen auch für die
2291 Region Flensburg stärken. Der Versuch, Flugrouten nach Deutschland und in
2292 den Norden einzuführen, muss wiederaufgenommen werden. Dazu muss der
2293 ÖPNV zwischen Schleswig-Holstein und dem Flughafen gefördert werden.
2294
- 2295 • Wir wollen eine gemeinsame **deutsch-dänische Polizei-Task-Force**, die nach
2296 dem Vorbild der Zusammenarbeit Hamburg-Schleswig-Holstein arbeitet, um ge-
2297 meinsam die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.
2298
- 2299 • Wir wollen die **grenzüberschreitende Mobilität** in Beruf und Alltag erhöhen.
2300 Vorrangiges Ziel muss sein, die wechselseitige Zugänglichkeit zu den Arbeits-
2301 märkten und der Berufsausbildung zu verbessern. Dazu gehört es, in beiden
2302 Grenzregionen die interkulturelle Begegnung und die Sprachkompetenz zu för-
2303 dern.
2304
- 2305 • Wir wollen, dass an den öffentlichen Grundschulen im Grenzland ab der 1.
2306 Klasse **Dänisch unterrichtet** wird. An beruflichen Schulen sollte Dänisch fester
2307 Bestandteil sein. Das eröffnet den jungen Menschen Chancen und stärkt die
2308 Grenzregion als Wirtschaftsstandort.
2309
- 2310 • Wir wollen, dass neuen **Grenzpendlerinnen und Grenzpendler** ein „Rund-Um-
2311 Sorglos-Paket“ angeboten wird und die Einzelberatung beim Pendlerbüro des
2312 „Infocenters Grænse/Grenze“ für beide Grenzregionen (Jütland u. Fehmarn)
2313 stärken.
2314
- 2315 • Wir wollen die **grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung** und die freie
2316 Wahl des Arztes über die Grenze hinweg durch eine Gesundheitskarte erleich-
2317 tern.
2318
- 2319 • Wir wollen die deutsch-dänische **Kulturvereinbarung** von 2013 erhalten und
2320 ein deutsch-dänisches **Jugendwerk** etablieren. Wir wollen die Chancen nutzen,
2321 die das EU-Programm INTERREG A seit 2014 bietet, die Kulturkooperationen in
2322 der Grenzregion und in der Fehmarnbelt-Region enger miteinander zu verzah-
2323 nen.
2324
- 2325 • Wir wollen, dass unser Land seinen Einsatz gegenüber den **skandinavischen**
2326 **Ländern** verstärkt und im Verhältnis zum Rat der nordischen Parlamente und
2327 dem Nordischen Ministerrat eine aktive Rolle übernimmt.
2328

Ostseezusammenarbeit aktiv prägen

*Wir wollen, dass sich die Ostseeregion strategisch als weltoffene und friedfertige Re-
gion aufstellt. Dazu gehört, dass Schleswig-Holstein seine Rolle als Mitgestalter der
Ostseepolitik weiter ausbaut. Das vom SSW geführte Europaministerium hat vor dem*

2335 *Hintergrund der aktuellen Herausforderungen im Ostseeraum, darunter dem ange-*
 2336 *spannten EU-Russland-Verhältnis, ein neues Handlungskonzept zur Ostseekoopera-*
 2337 *tion entwickelt. Wir wollen die Zusammenarbeit im Ostseeraum in der nächsten Le-*
 2338 *gislaturperiode strategisch weiterentwickeln und vertiefen. Unsere politischen Aktivi-*
 2339 *täten werden wir verstärkt auf Schwerpunktbereiche konzentrieren - entsprechend*
 2340 *unseren besonderen schleswig-holsteinischen Interessen und Kompetenzen. Auf Be-*
 2341 *treiben des Europaministeriums ist Schleswig-Holstein seit 2013 gemeinsam mit Po-*
 2342 *len Koordinator des Politikbereichs Kultur in der EU-Ostseestrategie. Damit trägt*
 2343 *Schleswig-Holstein zur Sichtbarmachung kultureller Identitäten im Ostseeraum bei.*
 2344 *Ziel muss sein, dass Schleswig-Holstein weiterhin die Verantwortung für die Umset-*
 2345 *zung einzelner für unser Land wichtiger Projekte aus dem EU-Aktionsplan über-*
 2346 *nimmt.*

- 2347
- 2348 • Wir wollen, **Schleswig-Holstein als maritime Modellregion** weiterentwi-
 2349 ckeln. Die Landesregierung soll bei der Weiterentwicklung der integrierten
 2350 Meerespolitik der EU, in Sachen „Clean Baltic Shipping“ und auf dem Ge-
 2351 biet der Sicherheit auf See eine führende Rolle einnehmen.
 - 2352
 - 2353 • Wir wollen Kooperationen im Bereich **Wissenschaft, Forschung und In-**
 2354 **novation** fördern und die Weiterentwicklung des Austauschs in **Kultur und**
 2355 **Kreativwirtschaft** weiter voranbringen.
 - 2356
 - 2357 • Auf parlamentarischer Ebene wollen wir die **Zusammenarbeit mit dem**
 2358 **Nordischen Rat** intensivieren, um von der fruchtbaren Kooperation der
 2359 nordischen Länder zu profitieren und unsere Positionen dort einbringen zu
 2360 können.
 - 2361
 - 2362 • Wir wollen, dass das **Parlamentsforum Südliche Ostsee** verstärkt als re-
 2363 gionale Plattform der Ostseekooperation genutzt wird und der Ostseeparla-
 2364 mentarierkonferenz Bericht erstattet.
 - 2365
 - 2366 • Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sich verstärkt in den laufenden Re-
 2367 formprozess des **Netzwerkes der Ostseeregionen** (BSSSC) einbringt und
 2368 mehr Verantwortung in der Arbeit dieses Netzwerkes übernimmt.
 - 2369
 - 2370 • Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die derzeit unzureichenden **Förder-**
 2371 **möglichkeiten von Kulturprojekten im Ostseeraum** verbessert werden.
 2372 Wir wollen uns dafür stark machen, dass das **INTERREG-Ostseepro-**
 2373 **gramm der EU und die EU-Ostseestrategie** in der nächsten Förderperi-
 2374 ode ab 2020 zielgenauer aufeinander abgestimmt werden.
 - 2375
 - 2376 • Wir wollen mehr Ressourcen für die weitere **Umsetzung der EU-Ostsee-**
 2377 **strategie** zur Verfügung stellen. Dies gilt sowohl für die 1991 gegründete
 2378 Ostseekultur-Initiative Ars Baltica mit Sitz in Rendsburg wie für die Projekt-
 2379 arbeit insgesamt. Unser Ziel ist, Politik und Projekte künftig noch stärker
 2380 miteinander zu verbinden.
 - 2381
 - 2382 • Wir wollen die Organisation der schleswig-holsteinischen „**Hanse-**
 2383 **Offices**“ im Ostseeraum straffen und eine stärkere Vernetzung mit ande-
 2384 ren Partner herbeiführen.
 - 2385 •

2386 **Nordseezusammenarbeit erneuern**

2387

2388 *Die Nordsee-Kooperation birgt eine wichtige strategische Perspektive für Schleswig-*
 2389 *Holstein. Voraussetzung für eine fruchtbare, langfristige Zusammenarbeit ist aber,*
 2390 *dass die besonderen kulturellen Beziehungen und persönlichen Kontakte der Nord-*
 2391 *see-Anrainer gepflegt und ausgebaut werden.*

2392

2393

- Wir wollen, dass das Land seine Mitwirkung in der **Nordseekommission** (NSC) mit gut 30 Mitgliedsregionen weiter entwickelt.

2394

2395

2396

- Wir wollen, dass parallel zu wirtschaftspolitischen Strategien auch eine verstärkte **kulturelle Zusammenarbeit** und ein Austausch beim **Tourismusmarketing** angestrebt werden.

2397

2398

2399

2400

- Wir wollen ausloten, in welchen **Handlungsfeldern** wir mit welchen Partnern aus Schleswig-Holstein und anderen Nordseeanrainerstaaten nachhaltige Projekte entwickeln und Kooperationen aufbauen können.

2401

2402

2403

2404

- Wir wollen, dass das Land seine Zusammenarbeit mit den **niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe** und insbesondere der **Provinz Fryslân** (Friesland) intensiviert und nach vorne bringt. Dies ist eine konkrete Chance, die Kompetenzen der Minderheiten im Land zum Vorteil aller zu nutzen, denn die Niederlande ist einer der wichtigsten Außenhandelspartner der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Außerdem kommt der Zusammenarbeit im Rahmen der interfriesischen Kulturarbeit eine besondere Rolle zu - zum Nutzen unserer konzeptionellen Kulturperspektiven Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik.

2405

2406

2407

2408

2409

2410

2411

2412

2413

2414

- Wir wollen, dass auch nach dem Ausscheiden **Großbritanniens** aus der EU die Beziehung zu unserem Nachbarn im Nordseebereich bestehen bleiben. Darüber hinaus gilt es diese Zusammenarbeit zu verstetigen und auszubauen.

2415

2416

2417

2418

2419

- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich **weitere Nordseeanrainerstaaten** und Regionen an der Nordseezusammenarbeit beteiligen. Die Nordseekommission ist die einzige Organisation, die sich als Stimme für die gesamte Nordsee versteht. Vor diesem Hintergrund werden wir auch unsere Mitwirkung in der Dachorganisation der peripheren Küstenregionen in Europa (KPKR) neu ausrichten.

2420

2421

2422

2423

2424

2425

2426

- Wir wollen die Nordseezusammenarbeit mit unseren **anderen Kooperationsräumen** – unserer Ostseepolitik und dem Rahmenplan zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit – verzahnen.

2427

2428

2429

2430

2431

2432

2433

2434

2435

2436 **Unsere Umweltpolitik: Konsequenter Schutz für Mensch** 2437 **und Natur**

2438
2439 Das Artensterben und die Zerstörung von Lebensräumen und Ökosystemen schrei-
2440 ten auch in unserem Land fort. Es ist für Mensch und Natur eminent wichtig, die
2441 große Bandbreite an Ökosystemen und Lebensräumen sowie die Vielfalt an Tier-
2442 und Pflanzenarten zu sichern und zu entwickeln. Aus diesem Grund haben wir für
2443 Schleswig-Holstein bereits ein Landesnaturschutzgesetz geschaffen, das die Nach-
2444 haltigkeit und die die Bewahrung der Biodiversität stärker als bisher in den Mittel-
2445 punkt rückt. Dies muss jetzt konsequent verfolgt werden.

2446
2447 Wir Menschen tragen die Verantwortung für den Erhalt und die Wiederherstellung
2448 unserer Natur. Deshalb ist ein höheres Umweltbewusstsein der Menschen der
2449 Schlüssel, um Umweltschäden zu verhindern und Risiken zu minimieren. Umweltkri-
2450 minalität darf sich nicht lohnen und muss mit harten Strafen belegt werden.

2451
2452 Die fortschreitende Klimaerwärmung ist eine Realität, vor der wir nicht die Augen ver-
2453 schließen dürfen. Um die katastrophalen Folgen dieses Klimawandels aufzuhalten,
2454 müssen wir ebenso wie alle anderen Industriestaaten den Ausstoß klimaschädlicher
2455 Treibhausgase bis 2050 unbedingt um mindestens 80% reduzieren.

2456
2457 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

2458 2459 ***Weniger Fläche verbrauchen***

2460 Die Intensivierung der Landwirtschaft oder der Flächenverbrauch durch Siedlungs-
2461 und Straßenbau haben Auswirkungen auf Natur und Landschaft und wirken sich ne-
2462 gativ auf die biologische Vielfalt aus. Der Flächenverbrauch muss weiter verringert
2463 werden.
2464
2465

- 2466
- 2467 • Wir wollen eine landesweite **Strategie zur Verringerung des Flächenver-**
2468 **brauchs.**

2469 2470 ***Unser Wasser besser schützen***

2471 *Sauberes Wasser ist ein Menschenrecht. Pestizide, Nitrate, industrielles Abwasser*
2472 *und Fracking sind aber eine ernste Gefahr für unser Grundwasser. Trotz aller bisher*
2473 *getroffenen Maßnahmen zum Schutz des Grund- und Oberflächenwassers kann*
2474 *Schleswig-Holstein aber die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Teilen nicht*
2475 *einhalten. Art und Umfang der Düngung sowie der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln*
2476 *geht zu Lasten der Wasserqualität und beeinträchtigt auch die biologische Vielfalt.*

- 2477
- 2478
- 2479 • Wir wollen mehr für den **Gewässerschutz** auf allen politischen Ebenen tun -
2480 und zwar sowohl im gewerblichen, landwirtschaftlichen als auch im privaten
2481 Bereich.
- 2482
- 2483 • Wir wollen die Einhaltung strenger **Grenzwerte für Dünge- und Pflanzen-**
2484 **schutzmittel** im Grundwasser. Deshalb ist es notwendig, deutlich breitere
2485 Randzonen anzulegen, um unsere Gewässer zusätzlich zu entlasten.

2486 **Wälder ausweiten**

2487
2488 *Schleswig-Holstein ist ein waldarmes Land. Umso wichtiger ist es, unsere Wälder zu*
2489 *schützen, zu pflegen und auszuweiten.*

- 2490
- 2491 • Wir wollen einen höheren Anteil der öffentlichen Wälder dauerhaft **aus der**
- 2492 **Forstnutzung** nehmen. Dadurch kann sich die biologische Vielfalt des Wal-
- 2493 des entfalten.
- 2494
- 2495 • Wir wollen, dass das Land mehr **Flächen ankauft und mit Mischwald auf-**
- 2496 **forstet**, um eine stärkere Waldbildung in Schleswig-Holstein zu fördern.
- 2497
- 2498

2499 **Unsere beiden Meere schützen**

2500
2501 *Nord- und Ostsee sind zunehmenden Belastungen ausgesetzt. Die Ölförderung und*
2502 *der Eintrag an Giftstoffen gefährden die Meere. Dabei kommt dem Meeresschutz,*
2503 *insbesondere im Weltnaturerbe Wattenmeer, in Schleswig-Holstein eine hohe Be-*
2504 *deutung zu. Dabei geht es nicht um Natur-, sondern auch um Menschenschutz: Das*
2505 *Biosphärenreservat Wattenmeer, insbesondere die Biosphäre Halligen, ist eine von*
2506 *der UNESCO anerkannte Modellregion, in der erprobt wird, wie der Mensch in ge-*
2507 *wachsenen Kulturlandschaften auch heute noch nachhaltig naturnah wirtschaften*
2508 *und gut leben kann.*

- 2509
- 2510 • Wir wollen **keinen Abbau von Rohstoffen** in Meeresschutzgebieten.
- 2511
- 2512 • Wir wollen ein generelles **Verbot seismischer Erkundungen** in Meeres-
- 2513 schutzgebieten, weil der hierdurch entstehende Lärm negative Auswirkungen
- 2514 auf viele marine Arten hat.
- 2515
- 2516 • Wir wollen eine **gemeinsame Meeresstrategie** aller Anrainerstaaten, denn
- 2517 nur so lassen sich Nord- und Ostsee nachhaltig wieder in einen guten Umwelt-
- 2518 zustand bringen.
- 2519
- 2520

2521 **Müll reduzieren und Ressourcen schonen**

2522
2523 *Um unsere immer knapper werdenden Ressourcen zu schonen und sinnvoll zu nut-*
2524 *zen, braucht es konkrete Strategien. Einwegverpackungen, Verbrauchsgüter oder*
2525 *Baustoffe aus energieintensiver und umweltbelastender Produktion mit kurzlebigen*
2526 *Wirkungsgraden müssen schrittweise durch nachhaltigere Alternativen ersetzt wer-*
2527 *den. Ressourcen und Verbrauchsgüter müssen noch effektiver recycelt und unnöti-*
2528 *ger Verderb und Verbrauch abgebaut werden.*

- 2529
- 2530 • Wir wollen Maßnahmen zur **Vermeidung von Plastikmüll** in Schleswig-Hol-
- 2531 stein ergreifen und Lösungsansätze zur Minimierung von Plastikmüll fördern.
- 2532 Projekte zur Reduzierung des Plastikmülls in den Meeren, wie „Fishing for Lit-
- 2533 ter“ („Müllfischen“), müssen weiter unterstützt werden.
- 2534
- 2535 • Wir wollen ein modernes und umweltfreundliches **Wertstoffgesetz** das klare
- 2536 Ziele zur Abfallvermeidung und zur Wiederverwertung vorgibt.
- 2537

2538 **Unsere Klima- und Energiepolitik: Energiewende ohne** 2539 **Wenn und Aber**

2540
2541

2542 Die Energiewende weg von der Atomkraft und Kohleverbrennung hin zu
2543 erneuerbaren Energien ist technisch möglich, ökologisch notwendig und
2544 volkswirtschaftlich sinnvoll. Schleswig-Holstein ist ganz vorn mit dabei. Nachdem das
2545 letzte Atomkraftwerk in 2021 im Land stillgelegt worden ist, werden wir in der Lage
2546 sein, unseren eigenen Strombedarf zu decken und Strom aus erneuerbaren
2547 Energien zu exportieren. Insbesondere dank der Windenergie. Das ist nicht nur
2548 verantwortungsvoll, sondern auch wirtschaftlich vernünftig.

2549

2550 Die Umgestaltung unserer Energieversorgung beruht auf mehreren Säulen:
2551 Erneuerbare Energien, Dezentrale Energieversorgung, Investitionen in
2552 Energieeffizienz, Energieeinsparmaßnahmen und Kraft-Wärme-Kopplung. Bei der
2553 Stromproduktion sind wir schon weit gekommen. Jetzt muss in den anderen
2554 Bereichen nachgezogen werden. Dabei darf die Bezahlbarkeit der Energie nicht aus
2555 den Augen verloren werden.

2556

2557 **Das wollen wir bis 2022 erreichen:**

2558

2559

2560 ***Klimaschutz konsequent anstreben***

2561

2562 *Zur Erfüllung der getroffenen Klimaschutzziele muss der mittelfristige Ausstieg aus*
2563 *den fossilen Energieträgern weiter vorangetrieben werden. Bis zur vollständigen Ver-*
2564 *sorgung durch erneuerbare Energien dürfen nur die am wenigsten klimaschädlichen*
2565 *Technologien angewendet werden.*

2566

- 2567 • Wir wollen, dass es **keine neuen Kohlekraftwerke** mehr gibt. Sollten neue
2568 Kraftwerke benötigt werden, dann nur noch **regionale Gaskraftwerke**.

2569

- 2570 • Wir wollen, dass jegliche Neubauten von Großkraftwerken mit einem **Aus-**
2571 **stiegsdatum** versehen werden müssen.

2572

2573

2574 ***Windenergie weiter ausbauen***

2575

2576 *Der Ausbau der Windenergie muss weiter vorangebracht werden, weil er für die*
2577 *Energiewende entscheidend ist und für die Wirtschaftskraft unseres Landes eine*
2578 *sehr wichtige Rolle spielt. Gleichzeitig nehmen wir aber auch ernst, dass Menschen*
2579 *sich durch Windkraftanlagen belästigt fühlen und Angst um ihre Gesundheit haben.*

2580

- 2581 • Wir wollen die Windenergie im Land **maßvoll ausbauen**, weil Windkraft an
2582 Land die günstigste erneuerbare Energieform ist. Sie trägt maßgeblich dazu
2583 bei, dass wir den Atomausstieg schaffen, ohne dass die Energiekosten
2584 explodieren.

2585

- 2586 • Wir wollen, dass die Windenergie in Schleswig-Holstein weiterhin **vom Land**
2587 **geplant und gesteuert** wird, denn nur so haben wir die Möglichkeit, die

2588 verschiedenen Interessen abzuwägen und zu berücksichtigen.

2589

2590 • Wir wollen die **Grundlagenforschung im Bereich der Schallemissionen**
2591 voranbringen. Hier ist insbesondere der Bund in der Pflicht, damit bundesweit
2592 gleiche Voraussetzungen bestehen.

2593

2594 • Voraussetzung für den Ausbau der Windenergie auf geeigneten Flächen im
2595 Land ist, dass der Strom in die Verbrauchszentren abtransportiert werden
2596 kann. Deshalb wollen wir die **Stromleitungskapazitäten** weiter ausbauen.

2597

2598 • Wir wollen, beim Aus- und Neubau von Stromtrassen eine echte
2599 **Bürgerbeteiligung**, die zu alternativen Trassenführungen führen kann.

2600

2601 • Wir wollen, dort wo es möglich ist, **Erdkabeln** Vorrang vor Freileitungen
2602 einräumen.

2603

2604

2605 **Strom vor Ort produzieren, speichern und nutzen**

2606

2607 *Am besten wird der Strom dort genutzt, wo er produziert wird. Bereits heute arbeiten*
2608 *Wirtschaft, Hochschule und engagierte Menschen vor Ort in den verschiedenen*
2609 *Regionen des Landes an diversen Speicher- und Nutzungsmöglichkeiten. Wir*
2610 *befinden uns aber noch in den Anfängen und es besteht ein großer Bedarf an*
2611 *Forschung, Entwicklung und Umsetzung in diesem Bereich.*

2612

2613 • Wir wollen die Forschung im Bereich der **Strom-Speichertechnologie** forciert
2614 unterstützen, hierunter auch die Wasserstoff-Technologie und die Power-to-
2615 Gas-Technologie. Eine große Chance bietet die Nutzung der Wasserstoff-
2616 Brennstoffzellentechnik. Hier darf Schleswig-Holstein nicht den Anschluss
2617 verdienen.

2618

2619 • Wir wollen, dass auf den vielen nichtelektrifizierten Regionalbahnstrecken in
2620 Schleswig-Holstein, die heute noch mit Dieselloks betrieben werden, in
2621 Zukunft mit Wasserstoff betriebene Züge eingesetzt werden. Dazu soll in
2622 Wasserstoff umgewandelter, überschüssiger Windstrom eingesetzt werden.

2623

2624 • Wir wollen, dass die Möglichkeiten genutzt werden, klimaneutral gewonnene
2625 Energie in Wärme umzuwandeln. Mit dem so genannten „**Power-to-**
2626 **heat**“ (Strom zu Wärme) können wir fossile Energieträger einsparen und CO2-
2627 Emissionen reduzieren.

2628

2629 • Wir wollen die **Elektromobilität fördern**, indem für E-Bikes, E-Autos oder E-
2630 Busse Strom vor Ort zur Verfügung steht. Wir setzen uns für ein dichtes E-
2631 Tankstellennetz mit einheitlicher Ladestruktur ein.

2632

2633 • Wir wollen **energieintensiven, modernen Unternehmen** die Möglichkeit
2634 geben, sich dort anzusiedeln, wo billiger grüner Strom produziert wird - bei
2635 uns.

2636

2637

2638 **CCS und Fracking ausschließen**

2639
2640 *Fossile Energieträger produzieren Abgase, die niemand haben will. Durch die CCS-*
2641 *Technologie sollen diese Abgase in unterirdischen Endlagern verpresst werden. Aber*
2642 *niemand kann sagen, wie sich das auswirkt. CCS ist ein Irrweg der Energiekonzerne,*
2643 *um Kraftwerke mit fossilen Energieträgern weiterlaufen zu lassen. Vergleichbares gilt*
2644 *auch für das „Fracking“, bei dem mit giftigen Chemikalien Ölvorkommen aus Gestein*
2645 *im Untergrund gelöst werden sollen. Bei diesen Technologien kann niemand für die*
2646 *Sicherheit von Mensch und Natur garantieren. Deshalb lehnen wir sie ohne Wenn*
2647 *und Aber ab.*

2648
2649 • Wir wollen, dass das zuständige **Bundes-Bergrecht** endlich geändert und
2650 modernisiert wird.

2651
2652 • Wir wollen dafür sorgen, dass **CCS und Fracking in Schleswig-Holstein**
2653 **dauerhaft unterbunden** werden.
2654